

Moritz Sommer, Dieter Rucht, Sebastian Haunss, Sabrina Zajak

Fridays for Future

Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland



ipb working paper 2/2019

ipb working papers | Berlin, August 2019

Die ipb working papers werden vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. herausgegeben. Sie erscheinen in loser Folge. Der Verein ist Träger des gleichnamigen Instituts. Dessen Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Für die Redaktion der ipb working papers sind Jannis Grimm, Dieter Rucht und Sabrina Zajak verantwortlich.

Alle bisher erschienenen Texte aus der Reihe sind online abrufbar unter:

<https://protestinstitut.eu/ipb-working-papers/>



„Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland“ von Moritz Sommer, Dieter Rucht, Sebastian Haunss und Sabrina Zajak ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung International Lizenz (CC-BY 4.0).

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines Fotos von Jörg Farys / WWF erstellt. Das Foto ist lizenziert mit einer Creative Commons CC-2 Lizenz und wurde bereitgestellt auf <https://Flickr.com/>.

Autor*innen

Dieses Working Paper ist im Kontext des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) entstanden. Alle Autor*innen sind Mitglieder des Instituts.

Moritz Sommer, Freie Universität Berlin, Institut für Soziologie.

E-Mail: sommer.moritz@fu-berlin.de

Dieter Rucht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

E-Mail: dieter.rucht@wzb.eu

Sebastian Haunss, Universität Bremen, SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik.

E-Mail: sebastian.haunss@uni-bremen.de

Sabrina Zajak, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

E-Mail: zajak@dezim-institut.de

Diese Studie wurde erstellt mit finanzieller Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung.

 HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG



Sommer, Moritz, Dieter Rucht, Sebastian Haunss und Sabrina Zajak. 2019. Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, *ipb working paper series*, 2/2019. Berlin: ipb.

Abstract

*Die Protestkampagne von Fridays for Future (FFF) hat es innerhalb kürzester Zeit geschafft, in Deutschland und darüber hinaus hunderttausende Schüler*innen und Jugendliche für eine Wende in der Klimapolitik auf die Straße zu bringen. Um mehr über Profil, Mobilisierungswege und Motive der Demonstrierenden zu erfahren, haben wir als Teil eines europaweiten Forschungsprojekts Demonstrationsbefragungen während der Klimaproteste am 15. März 2019 in Berlin und Bremen durchgeführt. Das Working Paper präsentiert zentrale Befunde für FFF in Deutschland und ordnet diese ein.*

*Die FFF-Proteste werden von jungen, gut gebildeten Menschen und überraschend stark von jungen Frauen getragen. Viele der demonstrierenden Schüler*innen, von denen sich die Mehrheit im linken Spektrum verortet, sind zum ersten Mal auf der Straße. Persönliche Kontakte sind der zentrale Weg der Mobilisierung. Die Demonstrierenden wollen die Politik unter Druck setzen, klimapolitische Versprechen einzulösen. Einen wichtigen Weg der Veränderung sehen insbesondere die Schüler*innen aber auch in der Veränderung der eigenen Lebens- und Konsumpraxis. Die Demonstrierenden sind keineswegs hoffnungslos, sondern vielmehr handlungsbereit, politisiert und zuversichtlich, dass ihr Protest gesellschaftliche und politische Veränderungen hervorrufen kann.*

Im europäischen Vergleich ist die Kampagne hinsichtlich Altersstruktur, Verteilung der Geschlechter und insbesondere hinsichtlich der Einschätzung von Lösungswegen heterogener als der gemeinsame Rahmen vermuten lässt.

Abschließend blicken wir auf die öffentliche Resonanz und im Fazit auf Faktoren des (medialen) Erfolgs.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Vorwort | 1 |
| 1. Fridays for Future: Kurzportrait | 2 |
| 2. Organisation und Ablauf der Demonstrationen am 15. März 2019 | 5 |
| 3. Anlage und Ergebnisse der Befragung | 6 |
| 3.1 Methodik und Repräsentativität | 7 |
| 3.2 Wer sind die Teilnehmer*innen? | 11 |
| 3.3 Anliegen der Protestierenden | 14 |
| 3.4 Wege der Mobilisierung | 18 |
| 3.5 Politisches Interesse und Engagement | 21 |
| 3.6 Politische Einstellungen | 26 |
| 3.7 Befunde des Ländervergleichs | 30 |
| 3.8 Zusammenfassung | 34 |
| 4. Die Resonanz auf FFF | 35 |
| 5. Fazit | 39 |
| 5.1 Ist FFF eine soziale Bewegung? | 39 |
| 5.2 Faktoren des (medialen) Erfolgs | 40 |
| Literaturverzeichnis | 43 |

Online-Material auf protestinstitut.eu:

Deutscher Online-Fragebogen: [Link](#).

Flyer: [Link](#).

Kurzfragebogen (Vor-Ort-Interviews): [Link](#).

ipb-Medienpräsenz zu FFF: [Link](#)

Vorwort

Der steile Aufstieg der international auftretenden Bewegung Fridays for Future (im Weiteren FFF) hat eine enorme mediale und politische Beachtung erfahren. Das rief auch Sozialwissenschaftler*innen auf den Plan. Einige Wochen vor dem anstehenden großen Aktionstag am 15. März 2019 erging von einer schwedischen Forschungsgruppe die Anfrage an das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb), ob sich Mitglieder des Instituts an einer international angelegten Befragung der Protestierenden beteiligen würden. Geld dafür war zu diesem Zeitpunkt nicht vorhanden. Die genaue Vorgehensweise und die Anlage des Fragebogens waren noch offen. Einige Länderteams hatten den Kolleg*innen aus Schweden schnell zugesagt. Wir waren zunächst zögerlich, da wir aufgrund früher durchgeführten Befragungen von Protestierenden zu diversen Anlässen den Aufwand kannten, der sich zumal aufgrund der notwendigen Abstimmung zwischen den Länderteams zusätzlich erhöhen würde. Nachdem die Finanzierungsfrage für Sachkosten und rudimentäre Personalkosten dank der spontanen Bereitschaft der *Heinrich-Böll-Stiftung*, der *Otto Brenner Stiftung* und der *Stiftung 100 Prozent erneuerbar* überraschend schnell geklärt war, erging unsere Zusage an die Projektkoordinatoren aus Schweden.

Als bald setzte eine Flut von E-Mails ein, die sich überwiegend auf die Themen, Formulierungen und Antwortkategorien des Fragebogens, aber auch das Vorgehen am Demonstrationsort, das Problem der Repräsentativität, die Frage, ab welcher Altersstufe junge Menschen ohne Einwilligung eines Elternteils befragt werden sollen und dürfen, auf das auszuwählende Eingabe- und Analyseprogramm und vieles mehr bezogen. Der Aufwand für das Gesamtunternehmen war enorm. Neun Länderteams führten an insgesamt 13 Orten zeitgleich die Befragung durch – in den Niederlanden aufgrund der dort anders verlaufenden Mobilisierung allerdings schon am 14. März 2019.

¹ <https://protestinstitut.eu/projekte/demonstrationsbefragungen/befragung-fridays-for-future> [04.08.2019]

Eine erste und selektive Präsentation der deutschen Befragungsergebnisse fand bereits am 26. März 2019 im Rahmen eines Pressegesprächs in der Berliner Zentrale der Heinrich-Böll-Stiftung statt; sie ist auf der Webseite des *ipb*¹ abrufbar. Später erfolgte die Erstellung des deutschen Datenteils für den internationalen Länderbericht, der einem rigiden Gliederungsschema folgt, jedoch aufgrund der thematischen Schwerpunktsetzung und Längenvorgaben nur knappe Kommentierungen enthält (Wahlström et al. 2019a).²

Der hiermit vorgelegte ausführlichere deutsche Bericht enthält in seinem Kernteil eine umfassende Analyse der deutschen Befragungsdaten sowie eine Darstellung des methodischen Vorgehens. Neben den Ergebnissen der Befragungen in Deutschland liefert der Bericht auch Hinweise auf Befragungsergebnisse aus anderen Ländern, auf die interne Struktur der FFF-Bewegung und deren öffentliche Resonanz.

Allen, die in ganz unterschiedlichen Rollen diese Befragung in Deutschland und anderswo unterstützt haben, gebührt unser Dank. Das sind insbesondere die Koordinatoren Mattias Wahlström und Joost de Moor sowie Michiel de Vydt, welche die Koordination der technischen Seite der Befragung und die Standardisierung der Daten übernommen haben.

Weiterhin haben wir den bereits genannten drei institutionellen Förderern der Befragungsaktion in Deutschland und den beiden finanziellen Förderern des vorliegenden ausführlichen Berichts zu danken. Simon Teune hat bei der Befragungsaktion am 15. März mitgewirkt und zudem in einer nächtlichen Krisenaktion vor unserem Berliner Pressegespräch eine wichtige Rolle bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung und optischen Darstellung der Befunde gespielt. Zu danken haben wir auch vielen studentischen Helfer*innen. Sie führten die Kurzinterviews vor Ort durch und sorgten für die Verteilung der Flyer, auf denen zur Teilnahme an der Online-Befragung aufgerufen wurde.

*Berlin und Bremen, August 2019, die Autor*innen*

² <https://protestinstitut.eu/fridays-for-future-ergebnisse-einer-demonstrationsbefragung-in-13-europaeischen-staedten/> [04.08.2019]

1. Fridays for Future: Kurzportrait

Die mediale Darstellung von FFF in Form von Nachrichtenmeldungen, Hintergrundberichten, Interviews mit Beteiligten, Kommentaren, Foto-strecken und Video-Clips bietet eine Fülle von Einzelinformationen, lässt aber kaum die großen Entwicklungslinien hervortreten. Wir wollen deshalb ein Kurzportrait von FFF liefern, das unter anderem erkennen lässt, in welcher Entwicklungsphase der Bewegung die Befragungsaktion stattgefunden hat und wie es vor allem mit Blick auf den deutschen Ableger der Gruppierung bis heute weitergegangen ist.

FFF ist, knapp formuliert, eine Bewegung, deren Kernforderung darin besteht, die auf dem Pariser Klimagipfel Ende 2015 gesetzten Ziele zur weltweiten Reduktion von CO₂-Emissionen einzuhalten, um die damit verbundene Erderwärmung auf einen Anstieg von maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Das ist für eine Protestbewegung ein zunächst sehr bescheidenes, weil völlig systemimmanentes Ziel, zu dem sich die Regierungen der Welt, abgesehen vom späteren Exit der USA, im Prinzip bereits ausdrücklich bekannt haben und weiterhin bekennen. Zugleich ist es aber auch ein ehrgeiziges Ziel, weil seine Umsetzung, bei der auch Deutschland erheblich hinterherhinkt, konkrete Einschnitte in Energiewirtschaft, Industrie, Gebäudesektor und Landwirtschaft verlangt – Einschnitte, die Lobbygruppen und die ihnen sachlich verbundenen Politikressorts (wohl mit Ausnahme des Bundesumweltministeriums) nach Möglichkeit zu vermeiden oder zu verlagern suchen (Rucht 2016). Auch in einem weiteren Sinne sind die Forderungen von FFF ambitioniert, verlangen doch die Akteure von sich selbst, ihrem unmittelbaren Umfeld und letztlich der Gesamtbevölkerung einen ökologisch verträglichen Lebens- und Konsumstil, der mit erheblichen (freiwilligen) Einschränkungen verbunden ist.

Den anfänglichen Impuls für die sich dann formierende Bewegung setzte die damals 15-jährige Greta Thunberg mit ihrem dreiwöchigen „Schulstreik für das Klima“ ab dem 20. August 2018. Es war eine Aktion einer einzelnen Person, die durch entsprechende Medienberichte in Schweden und dann auch anderen Ländern Aufsehen erregte. Man kann davon ausgehen, dass dieses Maß an

Aufmerksamkeit der Kombination einer Reihe von Faktoren geschuldet ist: dem kindlich wirkenden Erscheinungsbild Greta Thunbergs, der damit kontrastierenden Entschlossenheit und Kommisslosigkeit ihres zunächst „einsamen“ Streiks, ihrem ökologisch bewussten Lebensstil, den sie auch ihrer gesamten Familie abfordert, aber auch der Prominenz ihrer Mutter, die, so die Medienberichte, sogar ihre Tätigkeit als international auftretende Opernsängerin aufgegeben hatte, um Flugreisen zu vermeiden (Ernmann et al. 2019). Greta Thunberg wurde schnell zum medialen „Star“. Dadurch wurde auch die Politik auf sie aufmerksam, was sich bereits an ihrer Einladung zum Klimagipfel im Dezember 2018 im polnischen Katowice zeigte. Weitere Auftritte auf der internationalen Bühne wie beim Weltwirtschaftsforum in Davos folgten.

Die Idee des „Klimastreiks“ bzw. „Schulstreiks“, nun allerdings begrenzt auf freitags stattfindende Straßenproteste, fand schnell in einer Reihe von Ländern Resonanz. Wichtigste Träger*innen der Freitagsproteste waren junge Schüler*innen, vorzugsweise an Gymnasien. Staunend wurde registriert, was die „Kinder“ da in Gang gesetzt hatten und gefragt, wie es weitergehen würde. Einzelne Demonstrationen wie die in Brüssel mit 12.000 Teilnehmer*innen am 31. Januar 2019 ließen aufhorchen.

In Deutschland setzte der Aufschwung mit einer Reihe kleinerer Demonstrationen in Freiburg, Göttingen, Berlin, Kiel und Flensburg im Dezember 2018 ein. Eine frühe Initiatorin war Luisa Neubauer, eine 22-jährige Studentin, die Greta Thunberg bei der Klimakonferenz in Katowice erstmals begegnet war und dann die Idee des Schulstreiks in Deutschland verbreiten wollte. Zeitgleich zu Neubauer, aber anfangs unabhängig davon, hatte auch der 19-jährige Kieler Gymnasiast Jakob Blasel einen deutschen Ableger von FFF mit einer ersten lokalen Demonstration im Dezember 2018 ins Leben gerufen.

Am 18. Januar 2019 demonstrierten laut Angaben von FFF bereits insgesamt 25.000 Menschen an 50 Orten in Deutschland, darunter 4.000 Beteiligte in Freiburg. Dieses Datum ist rückblickend als der eigentliche Auftakt der deutschen FFF-Bewegung zu verstehen. Mitte Februar 2019 listete FFF bereits 155 Ortsgruppen auf, wobei

sich die Zahl der Demonstrierenden aber bis dahin nicht deutlich erhöht hatte.

Der 15. März 2019 wurde von einem international koordinierenden Team als der erste globale Protesttag der Bewegung ausgerufen. Laut den schwer nachvollziehbaren Angaben der Organisator*innen beteiligten sich weltweit 1.789.235 Menschen an dem Protest – eine Zahl, die in ihrer Höhe und Konkretion bezweifelt werden darf. In Deutschland waren für diesen Tag 220 Proteste angekündigt. Die Zahl der Teilnehmer*innen wird von den Veranstalter*innen auf 300.000 beziffert. Der globale Protesttag war der bis dato größte Auftritt der Bewegung und ein eindrucksvoller Mobilisierungserfolg.

Danach, teilweise bedingt durch die Osterferien, gingen die Zahlen der Teilnehmer*innen in Deutschland deutlich zurück. In Berlin und München waren es nur noch je 500 Protestierende, so dass schon die Frage aufkam, ob und wie die Bewegung ihr Momentum erhalten könne. Der Präsenz der Bewegung in den deutschen Medien tat diese Entwicklung allerdings keinen Abbruch, zumal einerseits Greta Thunberg, wie schon zuvor an anderen Orten im In- und Ausland, ihre Beteiligung an der Berliner Demonstration am 29. März 2019 angekündigt hatte, und andererseits bereits weitere internationale Aktionstage in Aussicht standen: Am 24. Mai 2019 fanden im Vorfeld der Europawahlen in vielen europäischen Städten erneute Großdemonstrationen statt.

Für den 21. Juni 2019 wurde unter dem Motto „Climate Justice without Borders – United for a Future“ zum ersten zentralen internationalen Streik in Aachen aufgerufen. Aachen ist nicht nur als eine unweit von der französischen und belgischen Grenze liegende Stadt, sondern auch wegen des in diesem Raum noch immer stattfindenden Braunkohlebergbaus für eine Klimaschutzbewegung von hoher symbolischer Bedeutung. Ein Teil dieser Aktionen war ausdrücklich als ziviler Widerstand angekündigt. Als dessen wichtigster Träger verstand sich allerdings nicht FFF, sondern die seit ca. 2015 offensiv auftretende Gruppe „Ende Gelände“, die sich vor allem durch den von wiederholten Besetzungsaktionen begleiteten Kampf gegen den Braunkohleabbau in Deutschland bundesweite Aufmerksamkeit verschafft hatte. FFF erklärte seine Solidarität mit der Gruppe, rief aber als Gesamtorganisation nicht zu

Aktionen zivilen Widerstands auf. De facto kam es wohl zu Überschneidungen von Anhänger*innen dieser beiden und weiterer Gruppen. Erneut konnten die Organisator*innen Mobilisierungserfolge verzeichnen. Im Vorfeld war mit rund 10.000 Teilnehmer*innen bei den Aktionen im rheinischen Revier gerechnet worden. Am Ende sprachen die Organisator*innen von FFF von 40.000 Demonstrierenden. Die Polizei nannte dagegen eine Zahl von 10.000 bis 20.000.

Ab Juli 2019, bedingt auch durch die Schul- und Semesterferien, waren die Teilnehmer*innenzahlen geringer. Selbst ein erneuter Auftritt Thunbergs in Berlin am 19. Juli blieb mit rund 3.000 bis 4.000 Teilnehmer*innen weit unter der Beteiligung an Thunbergs erstem Berliner Auftritt Ende März, als mehr als 25.000 Menschen demonstrierten (jeweils nach Angaben von FFF). Gleichwohl vermochte es FFF, durch Einzelaktionen weiterhin eine starke mediale Präsenz zu erreichen. Eine dieser Aktivitäten war ein fünftägiger Schulstreik in Köln im Juli. Mit einer weiteren Aktion am 26. Juli im Terminal des Stuttgarter Flughafens suchten rund 350 Demonstrierende die Fluggäste auf negativen Klimafolgen von Flugreisen aufmerksam zu machen. Selbst dieser kleine und kurzzeitige Protest bot der ARD-Tageschau, Bild und zahlreichen weiteren Medien Anlass für eine eigene Berichterstattung.

Mit den Demonstrationen in Aachen und dem Umland hatte es FFF erneut geschafft, gegen diverse Bedenken – nun auch trotz Warnungen der Polizei vor Eskalationen und juristischen Sanktionen – einen komplexen, logistisch aufwändige Aktionsrahmen zu schaffen und zu füllen. Hierbei waren die Routine und Ortskenntnis der Aktivist*innen von „Ende Gelände“ sicherlich hilfreich. Auch weitere Gruppen, darunter Teile des Umweltverbandes BUND, von Greenpeace, Compact, den Naturfreunden und der Grünen Jugend waren, wie schon bei vorausgegangenen Aktionen von FFF, unterstützend tätig, vermieden es allerdings, steuernd einzugreifen, um dem Ruf von FFF als einer unabhängigen, basisdemokratisch ausgerichteten Bewegung nicht zu schaden.

In Deutschland hatte sich bis August die Zahl der Ortsgruppen von FFF auf 600 erhöht. Damit gewannen auch Fragen der internen Strukturierung, der Verantwortlichkeiten, der Finanzierung und der Transparenz nach innen wie nach außen

an Bedeutung.³ Die Anforderungen an die überregionale Koordination mittels der wöchentlichen Telefonkonferenz und an die rund 20 Arbeitsgruppen, darunter zu Finanzen, Kampagnen und politischen Forderungen, wurden immer größer. Ein umfangreiches, allerdings noch nicht beschlossenes Strukturkonzept soll künftig für mehr Klarheit und Verbindlichkeit sorgen.⁴ Trotz und vielleicht auch gerade wegen interner und externer Kritik ist es bislang gelungen, produktiv mit einer Reihe von Herausforderungen (Veränderung des Zielkatalogs, strategische Umorientierung, interne Organisation und Entscheidungsfindung, Vertretung gegenüber der Öffentlichkeit) umzugehen, so dass es in der Summe, zumindest in Deutschland, weder zu einer starken Demobilisierung noch zu einem nachlassenden medialen und öffentlichen Wohlwollen kam. Diese Entwicklung, die deutlich von der vieler anderer Protestbewegungen abweicht, soll im fünften Abschnitt erklärt werden.

Außerordentliche Resonanz erzielte zuletzt der von FFF in den frühen Augusttagen durchgeführte Sommerkongress in Dortmund, an dem sich insgesamt rund 1.700 Menschen beteiligten.⁵ In rund 140 Workshops ging es um inhaltliche Debatten zur Klima- und Umweltpolitik bis hin zu Grundsatzdiskussionen über Geschlechtergerechtigkeit und Post-Wachstum, aber auch um Medienarbeit, Diskussionen über Formen des zivilen Ungehorsams oder die Weiterentwicklung der internen Organisation. Diese Veranstaltung

brachte erstmals Aktivist*innen und Sympathisant*innen – die sich bis dahin in erster Linie durch den Austausch per Telefon oder Messenger-Dienste kannten – an einem Ort zu einem längeren Informations- und Erfahrungsaustausch sowie in größerem Rahmen durchgeführte Strategiedebatten zusammen. Anwesend waren vor allem junge Leute, ausgenommen eine kleine Zahl von Klimawissenschaftler*innen und sonstigen Expert*innen, die ebenfalls eingeladen waren.

Von diesem Treffen, das die Organisator*innen in erstaunlich kurzer Vorbereitungszeit, wenngleich mit Unterstützung externer Institutionen⁶, auf die Beine gestellt hatten, könnte eine weitere Schubkraft für FFF ausgehen. Insbesondere könnten die Diskussionen zu einer inhaltlichen und strategischen Weiterentwicklung führen. Zugleich verdeutlicht dieses Treffen aber auch, dass die bei vielen andere Protestbewegungen vorhandenen internen Differenzen, sich auch bei FFF abzuzeichnen beginnen. Dazu gehört die Frage nach internen Entscheidungsprozessen und die nach der Rolle exponierter Sprecher*innen der Kampagne. Dazu gehört aber auch die Spannung zwischen eher moderaten und eher offensiven, für zivilen Ungehorsam plädierenden Aktivist*innen. Aus Kreisen letzter Fraktion wurde zuletzt gar die (politisch wenig realistische) Hoffnung geäußert, den dritten globalen Klimastreik am 20. September 2019 mit einem umfassenden „Generalstreik“ verbinden zu können.

³ Die Finanzierung erfolgt bislang überwiegend durch Spenden, ergänzt durch den autorisierten Verkauf eines Armbands. Die eingehenden Gelder landen allerdings nicht direkt bei FFF, sondern bei der „befeundenen“ Stiftung Plant-for-the-Planet. Das führte zu kritischen Nachfragen und später zu Vereinsgründungen wie „Donate for Future“ und „Organize Future!“. Die beiden Vereine repräsentieren jedoch nicht das gesamte Netzwerk FFF in Deutschland, welches keine Rechtsform aufweist, sondern meist als diffuses „Wir“ figuriert. So Jakob Blasel zur Frage nach der Rolle von Plant-for-the-Planet: „Die Kollegen von ‚Plant for the Planet‘ haben für uns bei ihrer Bank ein Unterkonto für die Spenden eingerichtet. Aber auf das Geld auf diesem Konto greift ‚Plant for the Planet‘ nicht zu. Wir erstatten denen nicht einmal ihre Bankgebühren. Alles Geld, was Menschen an ‚Fridays for Future‘ spenden, kommt auch ‚Fridays for Future‘ zugute.“ Siehe:

<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/fridays-for-future-schuelerproteste-im-visioner-rechter-blogs-a-1263355.html> [04.08.2019].

⁴ Vgl. Der Spiegel Nr. 31/27.7.2019, S. 24-27.

⁵ An der Freitagsdemonstration am 3. August waren dem WDR zufolge rund 1.500 Menschen beteiligt. Siehe: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/fridays-for-future-demonstration-dortmund-100.html> [04.08.2019].

⁶ Darunter auch die Stiftung Mercator, die 35.000 Euro zur Finanzierung des Sommerkongresses beisteuerte. Vgl. Der Spiegel Nr. 31 vom 27.7.2019, S. 27.

2. Organisation und Ablauf der Demonstrationen am 15. März 2019

Auf die Randbedingungen der Demonstration am 15. März 2019 gehen wir nur cursorisch ein, da sich hier, gemessen an den FFF-Protesten an anderen Freitagen, wenig Auffälligkeiten zeigen. Insgesamt erfolgte die Mobilisierung auf weitgehend dezentraler Basis, d. h. durch die Engagierten vor Ort. Je nach Ortsgröße und Zahl der Teilnehmer*innen ist für eine Demonstration ein unterschiedlich großer organisatorischer Aufwand erforderlich. Bei größeren Protesten übernimmt in aller Regel ein lokales Organisations-Team die Federführung, während andere Teams für speziellere Aufgaben zuständig sind (Bühne, Ordner, Finanzen, etc.). Beim gesamten Informationsfluss und der Protestmobilisierung spielen jenseits der neu gebildeten Strukturen auch die an allen Schulen existierenden Strukturen von Klassensprecher*innen und Organen der Schüler*innenverwaltung von der lokalen bis zur Ebene der Bundesländer eine Rolle. Zwar dürfen diese Organe nicht für politische Zwecke eingesetzt werden und respektieren auch formal dieses Gebot, um Konflikte mit Schulleitungen und Kultusbehörden zu vermeiden. Faktisch waren aber doch oft Klassen- und Schulsprecher*innen an der Mobilisierung beteiligt, die ihre Verbindungen und Kanäle nutzten und dabei von ihrer Organisationserfahrung und ihren Artikulationsfähigkeiten profitierten.⁷ Direkte Treffen in und außerhalb der Schulen dienen FFF als Rahmen des Erfahrungs- und Informationsaustauschs. Daneben spielt die Kommunikation per WhatsApp und anderen Messenger-Dienste eine wichtige Rolle. WhatsApp begrenzt die Zahl der unmittelbar Kommunizierenden auf 256 Personen. Will sich ein größerer Kreis an der Kommunikation beteiligen, so wird ein neues Forum, wiederum beschränkt auf 256 Teilnehmer*innen, eröffnet. In der Folge muss es zu Abstimmungsprozessen zwischen diesen Foren kommen, was bislang, so der

Eindruck, pragmatisch und dezidiert unideologisch angegangen wird. Ergänzend kommen andere Formate, z. B. Telegram-Gruppen ins Spiel, die vor allem für die interne Kommunikation wichtig sind, weil damit auch Abstimmungen möglich sind.

Basiseinheiten von FFF sind die unabhängigen Ortsgruppen, die in aller Regel „von unten“ entstehen. Für die bundesweite Koordination werden meist zwei Delegierte pro Ortsgruppe bestimmt bzw. gewählt. Ihre Rolle und ihr Status sind noch nicht abschließend geklärt. Derzeit ist ihre Hauptfunktion die Teilnahme an den wöchentlichen Telefonkonferenzen („Deli-TK“) und die Weitergabe von Informationen. Daneben bestehen aufgabenspezifische Arbeitsgruppen, etwa für Finanzen und Medienkontakte.

Vieles an dieser Struktur wirkt noch unfertig und improvisiert. Genau dieser Charakter ist es aber, der FFF auch unter strukturellen Gesichtspunkten für junge Menschen attraktiv macht und einen scharfen Kontrast zu Strukturen in etablierten Verbänden und Parteien bildet. Neben Euphorie um die eigenen Mobilisierungserfolge und die starke mediale Aufmerksamkeit war aber auch vereinzelt interne Kritik an den führenden Repräsentant*innen der Bewegung zu hören. Insbesondere die mediale Präsenz Luisa Neubauers wurde nicht nur wohlwollend begrüßt, sondern mitunter als „Personenkult“ abgelehnt.⁸

In Berlin wie in Bremen, den beiden Orten unserer Befragung, folgten die Proteste einem bereits eingespielten Muster. In Berlin fand die gegen 11:00 Uhr beginnende Auftaktkundgebung an dem leicht zugänglichen Invalidenpark in Nähe des Hauptbahnhofes statt. Nach ca. einer Stunde formierten sich die Teilnehmer*innen zu einem Protestzug, der in einer großen Schleife in die Nähe des Reichstages und des benachbarten Kanzleramtes führte, um dann auf anderem Wege wieder am Ausgangspunkt anzukommen. Der vordere Teil des Protestzugs kam nach einer guten Stunde zurück; die hinten Marschierenden erreichten den Ausgangspunkt deutlich später.

⁷ Siehe auch Ergebnisse der Demonstrationsbefragung zu bürgerschaftlichem Engagement in Abschnitt 3.5.

⁸ www.welt.de/politik/deutschland/article-192070931/Luisa-Neubauer-und-Fridays-for-Future-Unmut-hinter-den-Kulissen.html [04.08.2019].

Dadurch „franst“ die abschließende Kundgebung aus; nur teilweise wandten sich die Versammelten den Reden und Musikbeiträgen zu. Das Ende der Veranstaltung markierte ein Tanzen vor der Bühne, an dem vor allem die Jüngeren teilnahmen, während sich viele der übrigen Demonstrierenden am Rande des Geschehens in Kleingruppen unterhielten oder sich bereits den Ort der Kundgebung verließen. Die Stimmung war insgesamt fröhlich bis euphorisch. Auch die Journalist*innen waren auf ihre Kosten gekommen, machten Interviews mit einzelnen Teilnehmer*innen und schossen serienweise Bilder vom stationären wie mobilen Protestauftritt, der teilweise auch auf kalkulierten Inszenierungen der Veranstalter*innen beruhte. Zum Beispiel wurden speziell die sehr jungen Teilnehmer*innen (von ca. 11 bis 14 Jahren) von einem deutlich älteren Organisator bzw. Ordner mit Megaphon hinter dem Fronttransparent platziert. Dort skandierten die Kinder, unterstützt von koordinierten Hüpfbewegungen, ihre Parolen in ausgelassener Stimmung. Nachdem sich alle interessierten Fotograf*innen vor oder seitlich des Transparents postiert hatten, setzte sich der Zug, angeführt von den jubelnden Kindern, in Bewegung.

An der Berliner Demonstration nahmen rund 20.000 (Polizei) bis 25.000 Menschen (laut Veranstalter*innen) teil, wobei uns erstere Angabe realistischer erscheint. Lediglich 5.000 waren bei den Anmeldebehörden erwartet worden. Nur wenige der von uns Angesprochenen verweigerten ein Interview vor Ort bzw. die Annahme des Flyers, mit dem zur Teilnahme an der Online-Befragung aufgerufen wurde.

In Bremen startete die Demonstration mit einer Auftaktkundgebung um 10:00 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz. Die Organisator*innen hatten im Vorfeld mit etwa 1.000 Teilnehmer*innen gerechnet. Als dann tatsächlich mindestens fünfmal so viele erschienen, erwies sich der Lautsprecherwagen als viel zu klein dimensioniert, so dass nur ein kleiner Teil der Demonstrant*innen etwas von den Statements der Organisator*innen mitbekommen konnte. Vom Hauptbahnhof zog der Demonstrationzug in einer etwa einen Kilometer langen Route durch die Innenstadt bis zum historischen Marktplatz mit dem Sitz der Bremischen Bürgerschaft. Das Gesamtbild der Demonstration war geprägt von Schüler*innen, von denen ein

großer Teil selbstgemalte Pappschilder mit deutschen und englischsprachigen Slogans zum Klimawandel mitgebracht hatte. Die Stimmung auf der Demonstration war lebhaft. Die Teilnehmer*innen stimmten häufig Sprechchöre an. Die Polizei beschränkte sich darauf, den Verkehr zu regeln und war ansonsten zumindest nicht mit einem sichtbaren Aufgebot vor Ort. Für die Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz galt das Gleiche wie für die Auftaktkundgebung: Die unterdimensionierte Technik führte dazu, dass nur ein sehr kleiner Teil der Menge die dort gehaltenen Reden verstehen konnte. Einsetzender Nieselregen sorgte dann dafür, dass sich die Demonstration gegen 13:00 Uhr langsam auflöste. Der Befragung standen die allermeisten angesprochenen Teilnehmer*innen offen und interessiert gegenüber. Auch hier gab es nur wenig ablehnende Reaktionen.

3. Anlage und Ergebnisse der Befragung

Mitglieder des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung sowie Beteiligte aus früheren Forschungsgruppen am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) haben bereits mehrfach in der Vergangenheit Protestierende befragt. Tabelle 1 liefert einige Eckdaten ausgewählter Befragungen im Vergleich. Es ist erkennbar, dass, nicht zuletzt abhängig von der Größe der Demonstrationen, ganz unterschiedliche Anteile der Protestierenden durch die Befragung erfasst werden. Daran sollte allerdings nicht die Aussagekraft der Ergebnisse gemessen werden, kommt es doch darauf an, bei der Auswahl der Protestierenden deutliche Verzerrungen zu vermeiden, also eine strikte Zufallsauswahl der zur Teilnahme an der Befragung aufgeforderten Personen zu gewährleisten. Dies erfordert unter anderem, dass beim Einsatz der Interviewer*innen bzw. Verteiler*innen von Fragebögen oder Flyern alle Segmente der Menschenmenge bzw. des Protestmarsches gleichermaßen abgedeckt werden. Das ist schwierig im Rahmen eines Protestgeschehens, das manchmal leicht chaotische Züge annimmt, bei dem Leute kommen und gehen, ein Vordringen zur Bühne aufgrund der dicht stehenden Menschen verhindert wird oder wenn ein langsamer Umzug plötz-

lich im Laufschrift vorangeht, um eine entstandene Lücke zu schließen. Ein weiterer Faktor für mögliche Verzerrungen ist die Art und Quote des Rücklaufs. Rein quantitativ verringert sich dieser mögliche Verzerrungseffekt mit der Höhe der Quote.

Auch wenn wir bei bisherigen Befragungen durchaus unterschiedliche Rücklaufquoten erzielt haben, so handelt es sich doch selbst bei den vergleichsweise niedrigen Werten für die FFF-Befragung um Quoten, die weit über denen von repräsentativen Bevölkerungsumfragen liegen.

Tabelle 1: Übersicht zu Protestbefragungen in Deutschland⁹

| Demonstration | Teilnehmende, geschätzt | Verteilte Fragebögen | Rücklauf | Rücklaufquote; % |
|--------------------|-------------------------|----------------------|------------|------------------|
| Irakkrieg, 2003 | 500.000 | 1.430 | 740 | 51,7 |
| Hartz IV, 2004 | 10.700 | 1.610 | 783 | 48,6 |
| Stuttgart 21, 2010 | 17.500 | 1.500 | 814 | 54,3 |
| Pegida, 2015 | 17.000 | 670 | 123 | 18,4 |
| Anti-TTIP, 2015 | 200.000 | 3.780 | 482 | 14,2 |
| G20, 2017* | 80.000 | 4.187 | 1.095 | 31,0 |
| FFF, 2019 | 25.500 | 2.200 | 355 | 16,1 |
| <i>Berlin</i> | <i>20.000</i> | <i>1.202</i> | <i>204</i> | <i>17,0</i> |
| <i>Bremen</i> | <i>5.500</i> | <i>998</i> | <i>151</i> | <i>15,1</i> |

3.1 Methodik und Repräsentativität

Auch wenn methodische Detailfragen als Angelegenheit von Expert*innen gesehen werden und für das breite Publikum kaum von Interesse sind, so legen wir doch großen Wert darauf, unser methodisches Vorgehen eingehend zu beschreiben und auch dessen Schwächen und Grenzen aufzuzeigen. Das erscheint uns gerade im Untersuchungsfeld der quantitativen Befragung von Protestteilnehmer*innen notwendig – einem Feld, das erst seit den früher 2000er Jahren Konturen gewonnen hat und in dem noch viel experimentiert wird (siehe z. B. Andretta und della Porta 2014; Teune und Ullrich 2015). Im Unterschied zu repräsentativen Bevölkerungsumfragen ist bei

Befragungen von Demonstrierenden ein anderes Vorgehen geboten. Darauf wird noch einzugehen sein.

Tabelle 2 zeigt die Eckdaten der europäischen Befragungsaktion zu FFF in neun Ländern. Die Rücklaufquoten sind insgesamt zufriedenstellend. Sie schwanken zwischen 12 Prozent (Amsterdam) und 30 Prozent (Stockholm). Mit unseren Befragungen in Berlin und Bremen (mit 17 % bzw. 15 %) liegen wir damit im unteren Bereich. Auch die von den Berliner Organisator*innen auf der Bühne ausgesprochene Ermunterung, sich an der Umfrage zu beteiligen, hat offenbar nicht zu einer markanten Steigerung der Rücklaufquote geführt, wie der Vergleich mit Bremen zeigt.

⁹ Tabelle 1 zeigt eine Auswahl der Studien, die unter Beteiligung von Wissenschaftler*innen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung entstanden sind.

* Während des G20-Gipfels in Hamburg wurden zwei Demonstrationen untersucht. Siehe: Haunss et al. 2017.

Tabelle 2: Eckdaten der internationalen Befragung in neun Ländern

| Stadt | Teilnehmende, geschätzt | Kurz-interviews | Verteilte Fragebögen | Rücklauf | Rücklaufquote; % |
|------------|-------------------------|-----------------|----------------------|----------|------------------|
| Amsterdam | 5.500 | 118 | 609 | 72 | 12 |
| Berlin | 15.000 - 25.000 | 257 | 1.202 | 204 | 17 |
| Bremen | 5.000 - 6.000 | 100 | 998 | 151 | 15 |
| Brüssel | 30.000 - 35.000 | 140 | 733 | 166 | 23 |
| Florenz | 10.000 - 30.000 | 0 | 1.000 | 195 | 20 |
| Genf | 5.000 - 6.000 | 103 | 1.000 | 154 | 15 |
| Lausanne | 12.000 - 15.000 | 152 | 1.000 | 183 | 18 |
| Malmö | 600 - 650 | 95 | 528 | 114 | 22 |
| Manchester | 800 | 76 | 398 | 100 | 25 |
| Stockholm | 3.000 - 5.000 | 108 | 588 | 174 | 30 |
| Truro (UK) | 300 | 62 | 260 | 38 | 15 |
| Wien | 15.000 - 25.000 | 180 | 930 | 154 | 17 |
| Warschau | 6.700 | 170 | 916 | 220 | 24 |

Quelle: Wahlström et al. 2019b, übersetzt ins Deutsche

Das Problem der Repräsentativität

Die Frage der Repräsentativität ist für die quantifizierende empirische Sozialforschung eine Schlüsselfrage, der wir große Aufmerksamkeit und Energie widmen. Nicht immer gelingt es, das Ziel der (annähernden) Repräsentativität zu erreichen. Zum Beispiel sind wir bei unserer Befragung von Teilnehmer*innen an einer Pegida-Demonstration im Januar 2015 zu dem Schluss gekommen, dass wir aus einer Reihe von Gründen keinerlei Repräsentativität beanspruchen können (Daphi et al. 2015b).

Im Unterschied zu repräsentativen Bevölkerungsumfragen sind bei den vor Ort Demonstrierenden die Merkmale der Grundgesamtheit unbekannt. Man kann also nicht aufgrund bereits vorhandener Daten eine relativ kleine und dennoch repräsentative Stichprobe ziehen, sondern

muss versuchen, durch eine Reihe von Vorkehrungen möglichst nahe an das Repräsentativitätskriterium heranzukommen, wobei bestenfalls Repräsentativität für die jeweilige Demonstration, nicht aber für ähnliche Veranstaltungen an anderen Orten herzustellen ist. Grundprinzip bei der Befragung von Protestierenden ist die Sicherung einer Zufallsstichprobe bei der Kontaktierung von Personen vor Ort. Dafür wurden in unserem konkreten Fall den Befragungsteams (jeweils zwei Personen) bestimmte Sektoren während der stationären Kundgebung bzw. Abschnitte innerhalb des Demonstrationzuges zugewiesen, um dann nach einer festen Quote jede x-te Person für ein Kurzinterview anzusprechen bzw. einen Flyer zu verteilen. Dabei ist die Arbeitsteilung im Team zentral: Während eine Person im Team, der sogenannte Pointer, die Zielperson nach dem genannten Schema auswählt, ist die zweite Person für die

Kontaktaufnahme und das Gespräch bzw. Interview mit der Zielperson verantwortlich. So sollen Verzerrungen (*selection bias*) vermieden werden, die z. B. durch eine (unbewusste) Auswahl nach Sympathie, ähnlicher Altersgruppe oder erhofften „Erfolgschancen“ bei der Ansprache der Zielperson entstehen können. Die Interviews und die Verteilung der Flyer erfolgen also nach einem anderen Prinzip als die Verteilung von Flugblättern oder Werbezetteln in einer Fußgängerzone, wo die Verteiler*innen bemüht sind, möglichst schnell möglichst viele ihre Zettel loszuwerden.

Der von uns verteilte Flyer wurde zunächst in englischer Sprache unter den verschiedenen nationalen Teams in seinem Wortlaut abgestimmt und dann ebenso wie der ausführliche Online-Fragebogen – in die jeweilige Landessprache übersetzt. Er enthält die Aufforderung, sich an der Online-Befragung zu beteiligen. Zudem ist auf jedem Flyer ein individueller ID-Code vermerkt, der einmalig den Zugang zum Online-Fragebogen ermöglicht, aber danach nicht erneut nutzbar ist. Dadurch wird sichergestellt, dass im Prinzip nur Teilnehmer*innen an der Demonstration (abgesehen von der Möglichkeit, den Flyer an jemanden weiterzureichen), vor allem aber nicht ganze Gruppen, zum Beispiel Schulklassen, an der Befragung teilnehmen und damit das Zufallsprinzip der Beteiligung verletzen. Auch aufgrund der positiven Grundstimmung während den Demonstrationen war die Ablehnungsquote für die Verteilung der Flyer sehr gering. Sie betrug in Berlin 5,3 Prozent und in Bremen 5,4 Prozent. Auch dies ist ein wichtiger Indikator dafür, dass nicht bereits bei der Verteilung der Flyer ein möglicher Verzerrungseffekt entsteht, insofern sich eine größere Personengruppe der Beteiligung an der Befragung verweigert.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten wir der Durchführung von direkten Interviews vor Ort, die elf Fragen enthielten und durchschnittlich fünf Minuten beanspruchten. Hier und bei der gesamten Befragungsaktion wurden aus forschungsethischen und juristischen Gründen nur

mindestens 14-Jährige einbezogen, nachdem das Alter durch eine Eingangsfrage geklärt worden war. Alle elf Interviewfragen sind auch im Online-Fragebogen enthalten und somit in ihren Ergebnissen direkt vergleichbar. In Berlin wurden die Antworten von den Interviewer*innen in ein Papierformular eingetragen, in Bremen dagegen auf einem Tablet registriert, was sich als deutlich effizienter erwies. Zweck der Interviews war nicht, die Rücklaufquote zu erhöhen oder vertiefende Informationen zu gewinnen. Vielmehr sollte mit dieser zusätzlichen Erhebung einzig und allein geprüft werden, ob die nach der Zufallsauswahl erhaltenen direkten Interviews vor Ort, für die wir eine annähernde Repräsentativität beanspruchen können, mit Blick auf die entsprechenden Fragen des Online-Instruments ähnliche Ergebnisse zeitigen würden. Abweichungen könnten sich z. B. dadurch ergeben, dass netzaffine und junge Teilnehmer*innen eher als andere Gruppen an der Online-Umfrage teilnehmen und damit das Durchschnittsalter der an der Online-Umfrage Beteiligten geringer ausfällt als das Durchschnittsalter der Demonstrierenden vor Ort.

Der Vergleich der Antworten aus den direkten Interviews und der Online-Befragung förderte ein Ergebnis zutage, dass wir in dieser Deutlichkeit nicht erwartet hatten. Zusammengefasst: Die durch beide Instrumente ermittelten Merkmalsverteilungen sind annähernd gleich. Das soll nachfolgend lediglich für einige Fragen belegt werden:

Der Frauenanteil betrug bei den direkten Interviews vor Ort 57,6 Prozent, bei der Online-Befragung 59,6 Prozent. Der Anteil von Schüler*innen und Student*innen betrug bei den direkten Interviews 76,7 Prozent und war bei den Online-Interviews mit 71,4 Prozent nur etwas geringer. Auch bei der Altersverteilung der Befragten liegen die Werte aus beiden Befragungen in einer ähnlichen Größenordnung (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Altersverteilung im Vergleich beider Befragungsmethoden; in %

| Altersgruppe | Kurzfragebogen | Online-Survey |
|-----------------|----------------|---------------|
| 14-19 | 58,0 | 51,5 |
| 20-25 | 17,0 | 18,9 |
| 26-35 | 11,3 | 11,3 |
| 36-45 | 7,1 | 5,1 |
| 46-55 | 3,6 | 6,5 |
| 56-65 | 1,5 | 3,4 |
| Über 65 | 1,5 | 3,4 |
| <i>Gesamt %</i> | <i>100,0</i> | <i>100,0</i> |
| <i>N</i> | <i>336</i> | <i>355</i> |

Tabelle 4: Demonstrationserfahrung im Vergleich beider Befragungsmethoden; in %

| Demonstrationserfahrung | Kurzfragebogen | Online-Survey |
|-------------------------|----------------|---------------|
| Keine Teilnahme | 24,4 | 25,1 |
| 1 bis 5 mal | 35,7 | 33,2 |
| 6 bis 10 mal | 15,5 | 18,2 |
| 11 bis 20 mal | 12,2 | 9,2 |
| Mehr als 20 mal | 12,2 | 14,2 |
| <i>Gesamt %</i> | <i>100,0</i> | <i>100,0</i> |
| <i>N</i> | <i>336</i> | <i>346</i> |

Und auch der Vergleich der Antworten auf die Frage nach früheren Demonstrationsteilnahmen in Tabelle 4 liefert ein sehr hohes Maß an Übereinstimmung.

Aufgrund der sehr ähnlichen Ergebnisse beider Befragungsmethoden, können wir davon ausgehen, dass die annähernde Repräsentativität, die wir aufgrund der Zufallsauswahl für die 336 Direktinterviews beanspruchen, auch für die Online-Befragung gilt, auf die sich alle folgenden Analysen beziehen. Auch wenn der Aufwand für

die Direktinterviews erheblich war und naturgemäß auch die Kapazitäten bei der Verteilung der Flyer – und damit die Rücklaufquote – reduzierte, so sehen wir doch diesen rein methodisch motivierten Aufwand als sinnvoll an. Wir sprechen zum ersten Mal in unserer Serie von Demonstrationbefragungen von einer *annähernden Repräsentativität*.

3.2 Wer sind die Teilnehmer*innen?

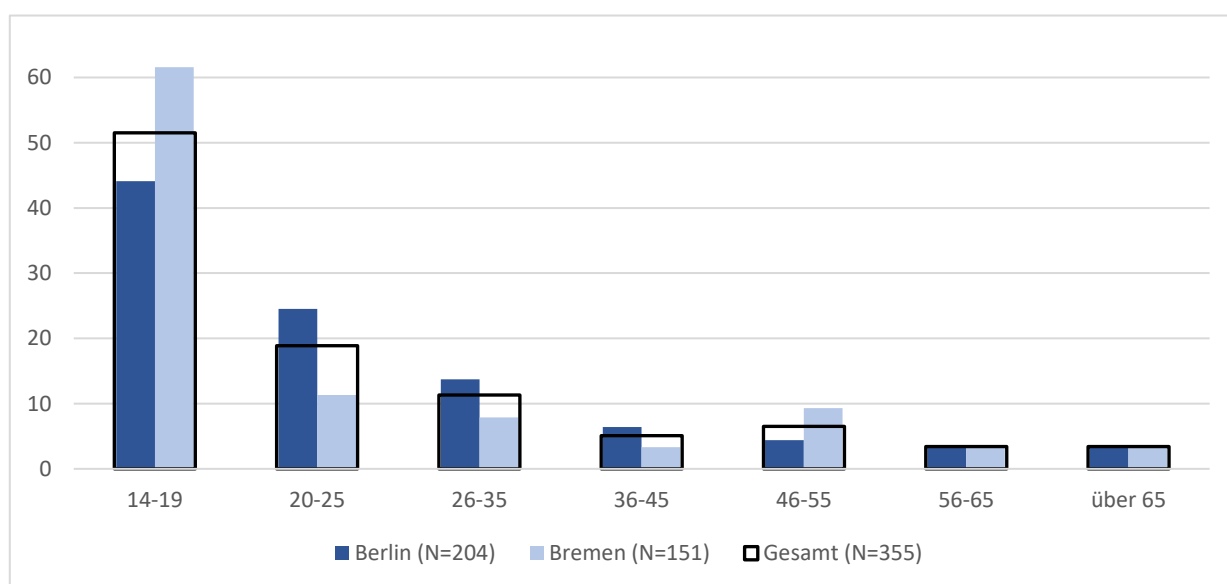
Eine ganze Reihe von Fragen diente der Ermittlung des sozio-demografischen Profils der Protestierenden. Bei der Darstellung der Ergebnisse gilt es zu beachten, dass die Ausübung von Protest als Artikulationsform von verschiedenen sozio-strukturellen Merkmalen geprägt ist und Demonstrierende in den wenigsten Fällen ein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung darstellen. So zeigen zahlreiche Studien für Deutschland und viele andere westeuropäische Länder, dass vor allem formal höher Gebildete, Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen und die Alterskohorte der 30-50-Jährigen auf die Straße gehen (z. B. van Aelst/Walgrave 2001). Während Demonstrationen lange stark von Männern geprägt waren, zeigen jüngere Untersuchungen eine annähernd paritätische Verteilung der Geschlechter. Im Folgenden wird das Profil der FFF-Protestierenden im Hinblick auf einige der genannten Merkmale genauer in den Blick genommen.

Verteilung der Geschlechter: Auffällig an der Geschlechterverteilung, zumal im Vergleich mit den meisten sonstigen Demonstrationen, ist der hohe Frauenanteil bei den FFF-Protesten. Bei der Befragung von Demonstrierenden gegen Stuttgart 21 betrug der Frauenanteil 40 Prozent (Baumgarten und Rucht 2014), unter den Pegida-Demonstrierenden lag er lediglich bei 18 Prozent (Daphi et al. 2015b). Bei den Protesten gegen den

G20-Gipfel 2017 (Haunss et al. 2017) und gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA 2015 (Daphi et al. 2015a) war das Verhältnis der Geschlechter nahezu ausgeglichen. Im Falle der FFF-Proteste in Berlin und Bremen betrug der Frauenanteil zusammengenommen 59,6 Prozent. In der Gruppe der Schüler*innen lag er mit 64,6 Prozent sogar noch höher.

Altersstruktur: Entgegen dem medial gezeichneten Bild, FFF würde ganz überwiegend von sehr jungen Schüler*innen getragen, zeigt unsere Befragung ein differenzierteres Bild. Dabei ist zu berücksichtigen, dass unsere Befragung aus juristischen und forschungsethischen Gründen nur Teilnehmer*innen ab 14 Jahren einschließt. Unter den Befragten ist der Anteil der Schüler*innen (49,3 %) und der Gruppe der Erwachsenen, die nicht mehr zur Schule gehen (50,7 %) nahezu gleich groß. Dieses Verhältnis spiegelt sich auch in der Altersstruktur der Befragten wider (siehe Abbildung 1). So ist die Gruppe der 14-19-Jährigen mit 51,5 Prozent am stärksten vertreten, gefolgt von der Gruppe der 20-25-Jährigen mit knapp 19 Prozent und – jetzt in Zehn-Jahres-Schritten – der Gruppe der 26-35-Jährigen mit 11,3 Prozent. Abbildung 3 zeigt auch, dass die FFF-Demonstrierenden in Bremen mit einem Anteil der 14-19-Jährigen von mehr als 60 Prozent etwas jünger sind als in Berlin, wo sich Studierende stärker an den Protesten beteiligten.

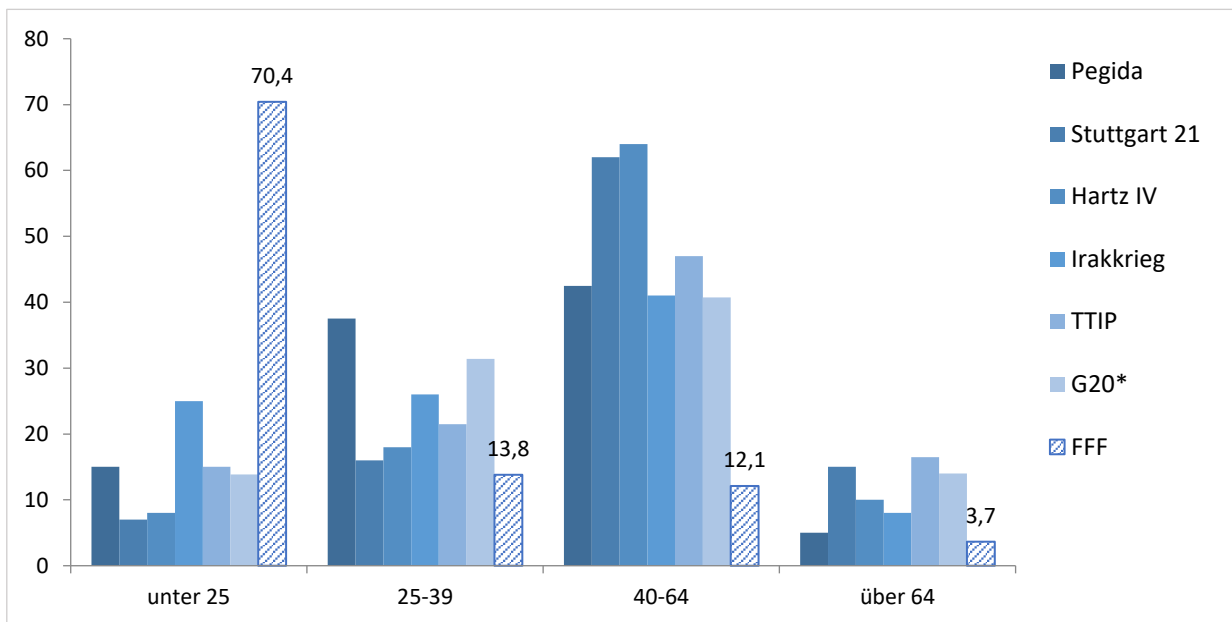
Abbildung 1: Altersstruktur der Demonstrierenden in Bremen und Berlin; in %



Die Daten verdeutlichen, dass der Protest im Wesentlichen von jungen Menschen getragen wird, dass sich aber auch Erwachsene und ältere Menschen beteiligen und solidarisch zeigen. Insgesamt handelt es sich bei FFF aber um eine außergewöhnlich junge Protestbewegung, wie der Vergleich mit anderen von uns untersuchten Demonstrationen zeigt (siehe Abbildung 2).

Diesen anderen Demonstrationen – von Pegida bis zu den G20-Protesten – werden in erster Linie durch die mittleren Alterskategorien geprägt. Der Mittelwert der Gruppe der unter 25-Jährigen liegt für diese Proteste zusammen bei nur 14 Prozent, während er bei den FFF-Protesten mehr als 70 Prozent beträgt.

Abbildung 2: Altersstruktur, Vergleich ausgewählter Demonstrationen; in %



Ein beachtlicher Anteil der Befragten bei FFF sind Schüler*innen oder Student*innen (71,8 %). Hinzu kommen kleinere Anteile von Vollzeitbeschäftigten (21,1 %) und Teilzeitbeschäftigten. Arbeitslose sind, gemessen an der Gesamtbevölkerung, unterdurchschnittlich vertreten (2,9 %). Gleiches gilt für Rentner*innen (6,9 %) und Hausfrauen bzw. Hausmänner (1,7 %).¹⁰

Tabelle 5 zum angestrebten bzw. erworbenen Ausbildungsgrad signalisiert die starke soziale Selektion der Demonstrierenden. Diese sind in der Gesamttendenz dem Bildungsbürgertum zugehörig. Dies zeigt sich noch deutlicher, wenn die Er-

werbstätigkeit und der Bildungsgrad der Elternteile herangezogen werden. 39,2 Prozent der Mütter sind vollerwerbstätig, weitere 31,4 Prozent sind teilzeitbeschäftigt. Bei den Vätern liegen die entsprechenden Anteile bei 62,9 Prozent und 5,2 Prozent. Bei 57,5 Prozent der erwachsenen Befragten ab 20 Jahren hat die Mutter einen Hochschulabschluss bei den Vätern sind es 58,8 Prozent; bei den Schüler*innen beträgt der Anteil 45,8 bzw. 49,4 Prozent. Das sind Werte, die etwa doppelt so hoch sind wie in der Gesamtbevölkerung.¹¹

¹⁰ Mehrfachantworten möglich.

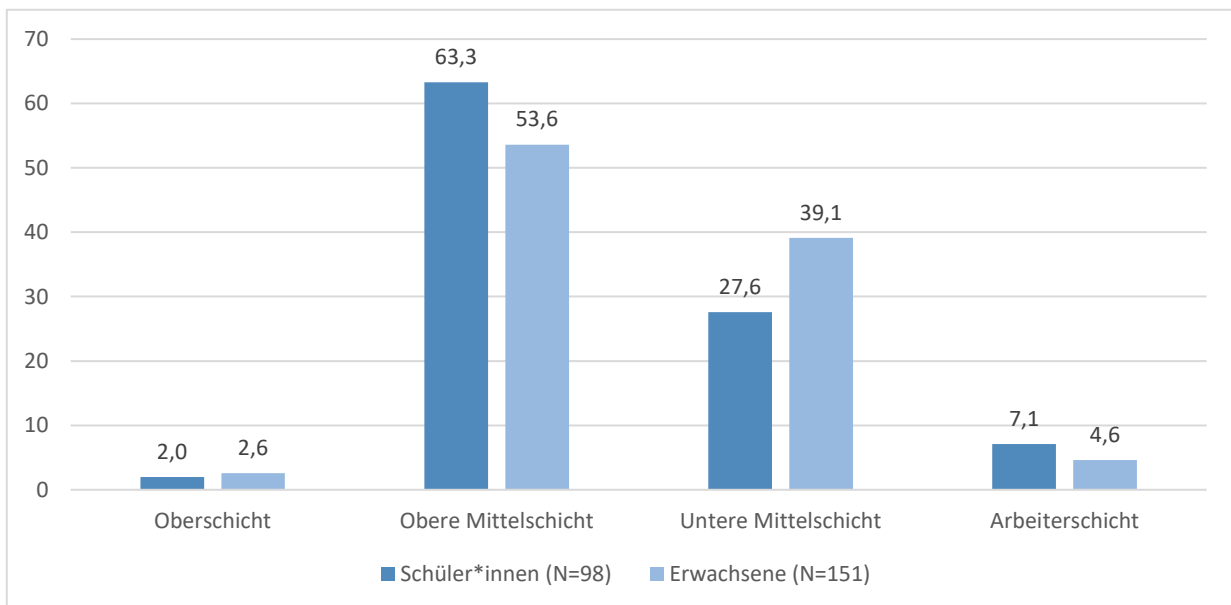
¹¹ Die Quote der Personen mit Hochschulabschluss unterscheidet sich stark nach Altersgruppen. Laut einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom

6. September 2018 „verfügten 29 % der 30- bis 34-Jährigen über einen Hochschulabschluss, während der Anteil unter den 60- bis 64-Jährigen bei 19 % lag“. Siehe: https://www.destatis.de/DE/Presse/Presse-mitteilungen/2018/09/PD18_332_217.html [04.08.2019].

Tabelle 5: Ausbildungsgrad (bei Schüler*innen: angestrebter Abschluss); in %

| Ausbildungsgrad | Online-Survey |
|---|---------------|
| Keinen Schulabschluss | 0,9 |
| Grundschule | 0,6 |
| Hauptschulabschluss | 0,9 |
| Realschulabschluss / POS / mittlerer Schulabschluss | 4,5 |
| Fachhochschulreife / Abitur | 55,1 |
| Abgeschlossenes Studium | 32,1 |
| Doktor / PhD | 4,8 |
| Sonstiges | 1,2 |
| <i>Gesamt %</i> | <i>100,0</i> |
| <i>N</i> | <i>366</i> |

Abbildung 3: Schichteinstufung von Schüler*innen und Erwachsenen; in %



Von Interesse ist auch die subjektive Schichteinstufung der Befragten. Hier wurde die im britischen Sprachraum und weiteren europäischen Ländern durchaus gebräuchliche und wenig schambesetzte Kategorie *working class* im deutschen Fragebogen mit dem Begriff „Arbeiterschicht“ übersetzt. Erwartungsgemäß ist diese

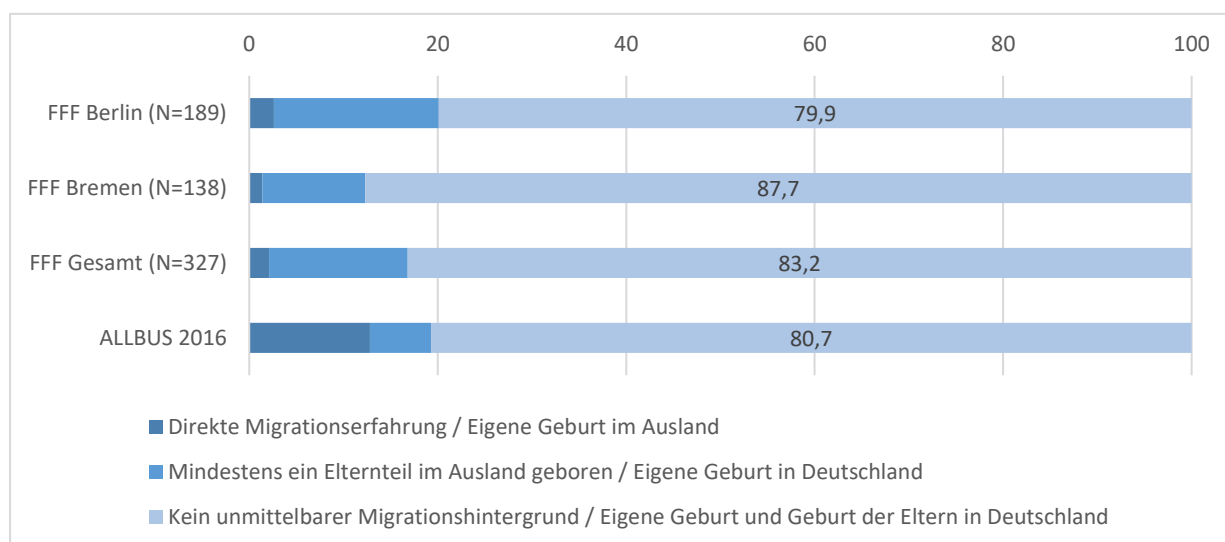
Kategorie mit 4,3 Prozent schwach besetzt, würde aber vermutlich auch bei einer anderen Benennung in Deutschland nicht wesentlich höher ausfallen. Bei den Befragten ist, wie in der Gesamtbevölkerung, der Anteil derer, die sich der Oberschicht zuordnen, mit 1,8 Prozent verschwindend gering. Am stärksten präsent sind die

Obere Mittelschicht mit 43,6 Prozent und die untere Mittelschicht (26,2 %). Weitere 7,9 Prozent wollten sich keiner dieser Kategorien zuordnen. Insbesondere unter den Schüler*innen ist der Anteil derjenigen, die sich keiner Schicht zuordnen (9,2 %) oder die keine klare Meinung zu dieser Frage haben (26,8 %) relativ hoch. Klammern wir diese Antworten aus und vergleichen die Gruppe der Schüler*innen mit der der Erwachsenen, so nehmen mehr Schüler*innen als Erwachsene eine subjektive Schichtzuordnung in der oberen Mittelschicht vor (siehe Abbildung 3).

Die Demonstrierenden wurden auch nach ihren Herkunftsländern befragt. Das Bild ist eindeutig. Die weitaus meisten Befragten (97,6 %) sind

in Deutschland geboren. Weitere 2,1 Prozent kommen aus dem europäischen Ausland und 0,9 Prozent aus Ländern außerhalb Europas. Neben den Angaben zum eigenen Geburtsland wurden die Befragten auch gebeten, das Geburtsland ihrer Eltern anzugeben. Daraus lässt sich der individuelle Migrationshintergrund rekonstruieren und mit der Gesamtbevölkerung vergleichen (Abbildung 4). Dabei zeigt sich, dass Personen mit eigener Migrationserfahrung zwar im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert sind, aber die Gruppe derjenigen, die mindestens einen im Ausland geborenen Elternteil haben, insbesondere in Berlin relativ stark vertreten ist.

Abbildung 4: Migrationsgeschichte der Demonstrierenden, im Vergleich; in %



3.3 Anliegen der Protestierenden

Ein zentrales Ziel der Umfrage war es, mehr über die Motive der Demonstrant*innen zu erfahren. Dafür haben wir sowohl geschlossene Fragen mit festen Antwortmöglichkeiten als auch drei offene Fragen gestellt. Einige Ergebnisse bezüglich dieser Fragen sollen im Folgenden dargestellt werden. Dabei haben wir eine quantitative und graphisch visualisierte Auswertung der in den Ant-

worten enthaltenen Schlüsselbegriffe vorgenommen und auch exemplarisch einige Statements im Wortlaut¹² herausgegriffen.

Aus den optisch quantifizierten Antworten auf die offene Frage nach den Gründen für die Teilnahme an der Demonstration (Abbildung 5) wird deutlich, dass insbesondere von den Schüler*innen Klimawandel und die Sicherung der Zukunft als langfristiges und dringendes Problem gesehen wird.

¹² Die nachfolgenden Zitate werden im Original inklusive sprachlicher Fehler zitiert.

Abbildung 5: Zentrale Motive der Demonstrierenden



Aus Statements wie beispielsweise dem folgenden: „Weil sich in der Politik etwas ändern muss und wenn die das nicht angehen oder merken müssen wir halt für unsere Zukunft kämpfen! Die notwendigen Maßnahmen müssen umgesetzt werden“ spricht eine Sorge um die eigene Zukunft, dem am häufigsten genannten Motiv. Vielfach wird dabei die besondere Rolle von Jugendlichen betont: „Um zu zeigen, dass wir Schüler eine große Gruppe sind die sich für ihre Zukunft interessiert und auch eine politische Meinung haben“. Oder: „Ich finde es wichtig, dass gerade junge Menschen auf die Straße gehen und für ihre Zukunft eintreten um wirklich etwas zu ändern.“

Vereinzelte werden auch spezifischere Motive genannt: „Um eine Rede zu halten und gegen den Kapitalismus zu demonstrieren.“ Ein anderer Teilnehmer nennt an erster Stelle eine berufsbezogene Motivation: „Mein Arbeitsplatz hängt vom Klima ab (Forstwirtschaft). Außerdem bin ich sehr naturverbunden, das Aussterben von Tier-, Insekten und Pflanzenarten erschreckt mich, ich halte dies für grausam und unnötig. Die Politik tut nichts, hält eigene Klimaziele nicht ein, greift nicht durch“. In manchen Antworten kommt auch der tragende Einfluss der sozialen Umgebung zum Ausdruck: „Wir wurden in der Schule darauf aufmerksam gemacht und haben uns dann entschlossen teilzunehmen“.

Ältere Befragte erklären sich solidarisch mit den Jungen: „Ich finde es wichtig, dass gerade junge Menschen auf die Straße gehen und für ihre Zukunft eintreten um wirklich etwas zu ändern.“

Oder: „Ich finde den Protest der Jugendlichen großartig und möchte meinen Enkeln eine bewohnbare Erde hinterlassen. War dort zusammen mit meiner Tochter und Enkelin (8).“

In den Antworten auf die offene Frage nach den Schuldigen des Klimawandels lassen sich grob zwei Perspektiven unterscheiden (Abbildung 6, nächste Seite). Bei einem Teil der Protestierenden steht individuelles Handeln im Vordergrund. Sie betonen, dass alle Menschen durch ihren Konsum und Lebensstil die Schuld am Klimawandel tragen: „der mensch und seine gier nach mehr.“ Ähnlich die Antwort: „Die Menschheit im Ganzen. Man kann die Schuld nicht einer Person zuschieben, da wir alle unseren Teil dazu beigetragen haben, wenn auch manchmal unbewusst. Es ist der Bequemlichkeit zuzutragen, die wir alle so lieben, und der Profitgier, die meiner Meinung nach doch in jedem steckt.“ In einem Fall wird auch den Jugendlichen ausdrücklich eine Mitschuld zugewiesen: „Schule (sic! - gemeint ist Schuld) ist Egoismus und Kurzsichtigkeit vorrangig und teilweise auch der jungen Generation“.

Zuweilen werden solche Aussagen aber auch weiter differenziert, indem beispielsweise auf die Schuldfrage geantwortet wird: „Der unverantwortliche Konsum des normalen Bürgers sowie die großen Firmen die nichts ändern wollen“.

Eine andere Gruppe der Befragten sieht in erster Linie die Wirtschaft bzw. Industrie oder Unternehmen und Politik in der Verantwortung. So heißt es: „Untätigkeit der Regierungen, dubiose

Neben allgemein gehaltenen Voten für „Bildung und Aufklärung“ werden konkrete Maßnahmen wie auch globale Handlungsoptionen genannt. Gelegentlich finden sich Vorschläge zu Einzelmaßnahmen auf individueller Ebene, darunter „Fleischkonsum reduzieren“, „weniger Plastik“, „mit Fahrrad fahren“, „Kohleausstieg“ oder „keine Massentierhaltung“. Häufiger werden in Form einer Liste mehrere konkrete Maßnahmen angeführt, z. B.: *„Wir müssen bei uns selber anfangen. Zug fahren statt zu fliegen, weniger Plastik verbrauchen, weniger Fleisch bzw. Tierprodukte essen, Mehr Fahrrad fahren statt SUV's, öfters second hand shoppen gehen, unsern Konsum minimieren usw.“*

In vielen Antworten werden sowohl die bereits zitierten individuellen Verhaltensänderungen als auch strukturelle Maßnahmen (z. B. Kohleausstieg, strenge Auflagen für die Industrie, Erschwerung der Massentierhaltung) angemahnt. In der Kritik steht vor allem die Orientierung am Wirtschaftswachstum, teilweise verbunden mit dem expliziten Plädoyer für eine „Postwachstumsökonomie“ und „Zeitwohlstand als neue immaterielle Wohlstandsorientierung“. In mindestens einem Fall wird angenommen, der Umwelt- und Klimaproblematik sei mit marktwirtschaftlichen Mitteln beizukommen: *„Die Marktwirtschaft könnte das Problem schnell lösen. Es muss finanziell lukrativ werden, umweltfreundlich zu sein. Eine CO2 Steuer wäre ein Schritt in diese Richtung.“* In einigen anderen Fällen wird dagegen ein grundlegender Wechsel der Wirtschaftsordnung für erforderlich gehalten: *„Der Kapitalismus muss abgeschafft werden und ersetzt werden durch ein System das das Wohl des planeten und Menschen über das der Konzerne stellt“*.

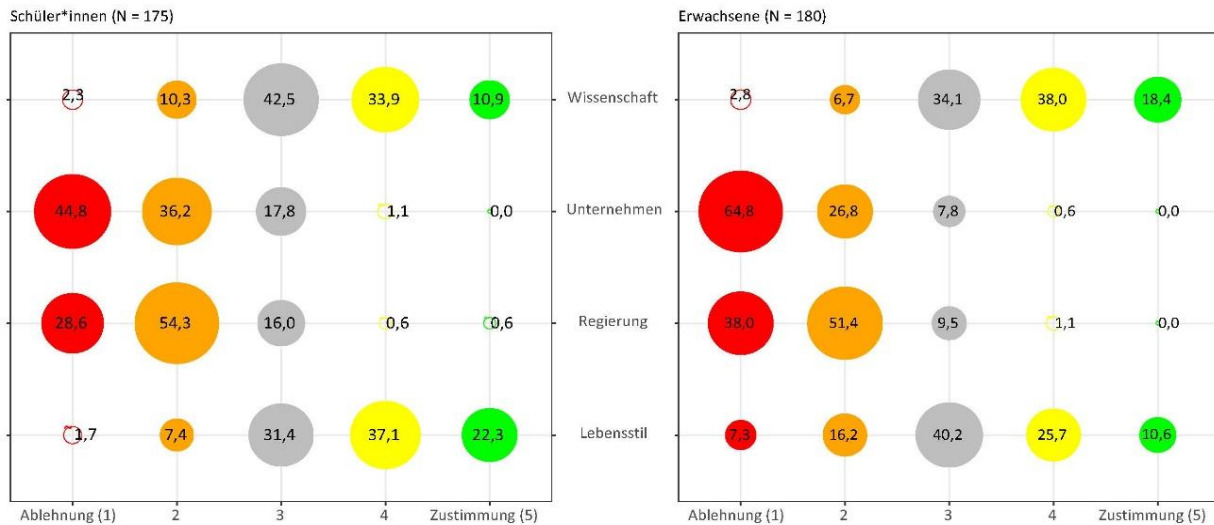
Neben der dokumentierten Differenziertheit vieler Statements ist auch bemerkenswert, dass fast alle Befragten die drei offenen Fragen beantwortet haben. Dies ist ein weiteres Indiz für die hohe Motivation der Protestierenden.

Bei der mit vorgegebenen Antwortkategorien gestellten Frage, auf welche Akteure man sich verlassen könne, um die Umweltprobleme zu lösen und den Klimawandel zu stoppen, zeigt sich bei den beiden Demonstrationen in Berlin und Bremen ein sehr klares Bild (Abbildung 7, nächste Seite). Unternehmen und Regierung wird im Grunde keine Lösungskompetenz zugetraut. Nur 13,5 Prozent der Demonstrant*innen stimmen zumindest teilweise der Aussage zu, „Bei der Lösung unserer Umweltprobleme können wir uns auf Unternehmen und den Markt verlassen“. Der Regierung wird mit 13,8 Prozent nur minimal mehr Kompetenz zugebilligt. Große Zustimmung finden dagegen die Aussagen „Bei der Lösung unserer Umweltprobleme kann man sich auf die moderne Wissenschaft verlassen“: 50,7 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage zu; weitere 38,2 Prozent stimmen der Aussage zumindest teilweise zu.

Da die Wissenschaft nur Lösungswege aufzeigen, diese Lösungen aber nicht umsetzen kann, kommt bei den Demonstrierenden eine ganz andere Akteursgruppe ins Spiel: sie selbst. Eine große Mehrheit (83,7 %) stimmt mindestens teilweise zu der Aussage zu „Um den Klimawandel zu stoppen bedarf es in erster Linie freiwilliger Änderungen des individuellen Lebensstils“. Knapp die Hälfte (47,8 %) stimmt der Aussage explizit zu.

Bemerkenswert ist, dass die erwachsenen Teilnehmer*innen der Demonstration vor allem die Unternehmen noch skeptischer sehen als die Schüler*innen. Diese wiederum sind deutlich zursichtlicher, durch einen Wandel ihres Lebensstils den Klimawandel stoppen zu können. Während bei den Erwachsenen nur ein gutes Drittel (36,3 %) davon überzeugt ist, dass der Wandel des (eigenen) Lebensstils zur Lösung der Probleme des Klimawandels beitragen könne, trifft dies bei den Schüler*innen auf mehr als die Hälfte zu (59,4 %). Weniger als 10 Prozent sehen darin keine wünschenswerte oder realistische Option.

Abbildung 7: Zuschreibung Lösungskompetenz, Schüler*innen und Erwachsene; in %



Neben den offenen Fragen nach den zentralen Motiven der Demonstrierenden haben wir diese zusätzlich anhand von vorgegebenen Antwortkategorien abgefragt. Dabei sollten die Befragten auf einer 5er-Skala angeben, inwiefern sie zentralen Aussagen zustimmen. Die höchsten Zustimmungswerte¹³ von fast 90 Prozent erzielte die Aussage „Ich habe an der Demonstration teilgenommen, um Politiker*innen unter Druck zu setzen etwas zu ändern“. Die Befragten demonstrieren zudem, um die eigenen Ansichten auszudrücken (85,6 % Zustimmung) und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren (82,1 % Zustimmung). Der Gruppe der Erwachsenen geht es auch darum, ihre Solidarität auszudrücken (91,4 %; Schüler*innen: 67,8 %). Insgesamt ist die intrinsische Motivation hoch. Nur vier Prozent der Befragten geben an, dass sie in erster Linie an der Demonstration teilnehmen, weil sie von anderen darum gebeten wurden. Zusammenfassend dokumentieren diese Ergebnisse, dass die Demonstrierenden über verschiedene Wege versuchen, die gesellschaftliche und politische Debatte um den Klimawandel nachhaltig zu beeinflussen.

3.4 Wege der Mobilisierung

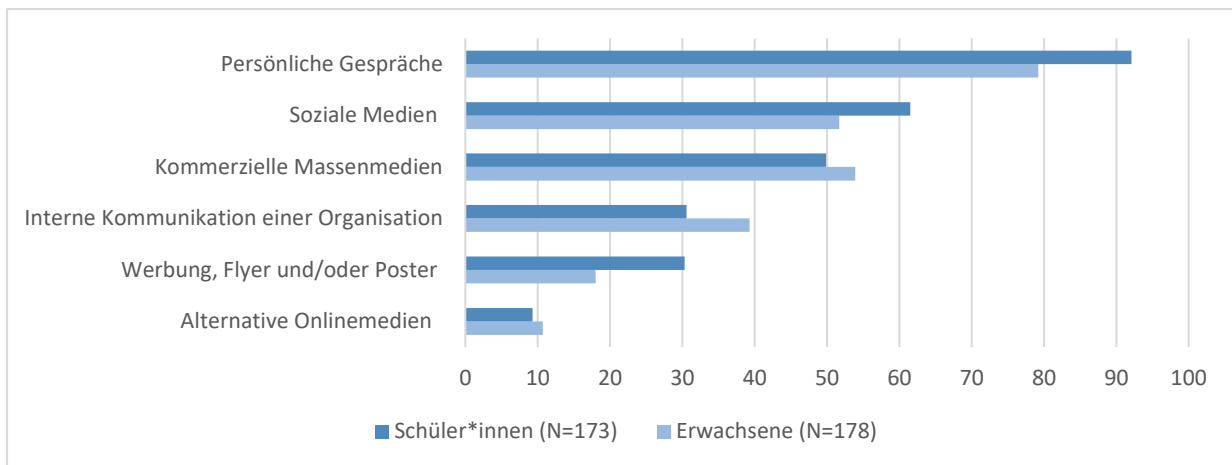
Wie wurden die Teilnehmer*innen mobilisiert und wie gelang es, so viele Schüler*innen auf die Straße zu bringen? Der individuelle Mobilisierungsprozess und die Entscheidung, an einer Demonstration teilzunehmen, basieren auf Informationen und Kommunikation. Potenzielle Teilnehmer*innen erfahren von Demonstrationen in den Medien oder in Gesprächen mit Gleichgesinnten, Kolleg*innen oder Mitschüler*innen. Andere werden durch Organisationen zum Protest aufgerufen. Um die Mobilisierungswege der Demonstrierenden nachzuzeichnen, haben wir folgende Themenbereiche abgefragt: Zunächst ging es um die Informationswege, über die die Teilnehmer*innen von der Demonstration erfahren haben. Darüber hinaus baten wir die Befragten anzugeben, ob sie allein oder in Begleitung auf der Demonstration seien. Schließlich fragten wir, ob Greta Thunberg eine wesentliche Rolle für die Entscheidung zur Teilnahme am Protest gespielt hat.

¹³ Zusammenfassung von 4 = „stimme überwiegend zu“ und 5 = „stimme voll und ganz zu“.

Betrachten wir zunächst die Informationsquellen¹⁴ (Abbildung 8). Für fast alle Demonstrierenden spielen persönliche Gespräche mit Freunden und Bekannten eine zentrale Rolle: 92 Prozent der Schüler*innen und 79 Prozent der Erwachsenen geben an, auf diese Weise vom Klimastreik erfahren zu haben. Die Sozialen Medien (62 % bzw. 52 %) folgen, werden aber kaum häufiger genannt als die traditionellen Massenmedien (50 %

bzw. 54 %). Die interne Kommunikation im Rahmen von Organisationen oder Initiativen spielt mit 30 Prozent unter den Schüler*innen und 39 Prozent unter den Erwachsenen eine relativ geringe Rolle – dies auch im Vergleich zu den Anti-G20-Protesten in Hamburg 2017 (Haunss et al. 2017) und den Anti-TTIP/CETA-Protesten in Berlin 2015 (Daphi et al. 2015a).

Abbildung 8: Informationsquellen (Mehrfachantworten möglich); in %



Die Unterschiede zwischen befragten Schüler*innen und Erwachsenen werden mit Blick auf den als am wichtigsten erachteten Informationskanal noch deutlicher (siehe Abbildung 9, nächste Seite). Direkte soziale Kontakte sind für den Mobilisierungsprozess von Schüler*innen bedeutsamer als für Erwachsene. Für fast die Hälfte der Schüler*innen sind Gespräche mit Freund*innen und Mitschüler*innen die primäre Informationsquelle. Der Austausch mit Familienmitgliedern spielt in dieser Kategorie keine Rolle (0,7 %; *nicht abgebildet*). Vor dem Hintergrund der Annahme, dass persönliche Gespräche ein höheres Maß an Verbindlichkeit mit sich bringen, könnte die zentrale Rolle dieser Informationsquelle auch die hohe Beteiligung von Erstprotestierenden unter den Schüler*innen erklären.

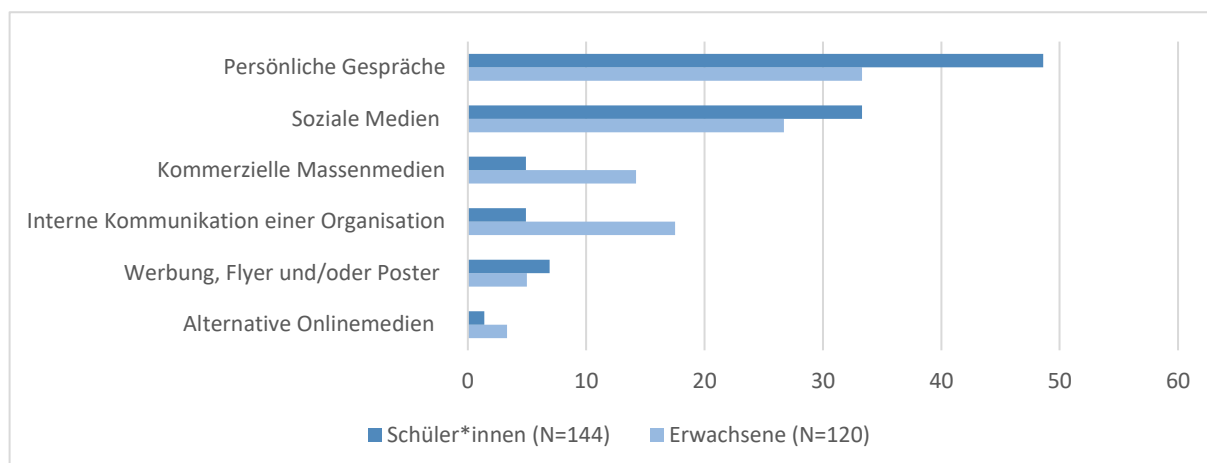
Wenig überraschend ist indes, dass sich die Gruppe der Schüler*innen eher in den Sozialen

Medien informiert als die Gruppe der Erwachsenen, die sich wiederum eher in den kommerziellen Massenmedien informiert als die Schüler*innen. Immerhin haben sich fast 27 Prozent der befragten Erwachsenen primär in den Sozialen Medien informiert – ein Wert, der allerdings nicht zuletzt auf den hohen Anteil von Studierenden in dieser Gruppe zurückzuführen sein dürfte.

Organisationen, Initiativen oder Vereine spielen bei der Mobilisierung von Erwachsenen (17,5 %) eine wesentlich größere Rolle als bei Schüler*innen. Von diesen haben sich nicht einmal fünf Prozent primär über diese Wege informiert. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die medial verbreitete These von der Manipulation der Demonstrierenden durch Parteien oder Umweltschutzorganisationen nicht zutrifft.

¹⁴ Frage im Wortlaut: „Wie haben Sie von der Demonstration erfahren? (Bitte wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus)“. Für die Darstellung wurden einige Antwortmöglichkeiten zusammengefasst.

Abbildung 9: Wichtigster Informationskanal (keine Mehrfachantworten möglich); in %



Der Eindruck, dass direkte soziale Kontakte und *Peers* für die Mobilisierung von Schüler*innen wichtiger waren als für Erwachsene, wird durch den zweiten Themenkomplex in diesem Abschnitt, nämlich der Frage nach der Demonstrationsbegleitung, bestätigt.

Für die Schüler*innen sind die FFF-Demonstrationen *soziale* Events. Nur knapp zwei Prozent geben an, allein zur Demonstration gekommen zu sein; unter den Erwachsenen sind es mit 16 Prozent deutlich mehr (Abbildung 10, nächste Seite). Für diejenigen Schüler*innen, die mit Anderen gemeinsam unterwegs sind, sind Freund*innen und Mitschüler*innen die mit Abstand wichtigsten Begleiter*innen. Erneut bestätigt sich der Eindruck, dass die Familie nur eine nachgeordnete Rolle spielt und auch die Begleitung durch Mitstreiter*innen aus gemeinsamer Organisationszugehörigkeit in der Gruppe der Schüler*innen kaum bedeutsam ist. Auch die älteren Befragten gehen in erster Linie mit Freund*innen zur Demonstration, doch ist im Vergleich zu den Schüler*innen diese soziale Dimension des Protests weniger bedeutsam.

Die Befunde zu den Informationskanälen und der Demonstrationsbegleitung legen somit nahe, dass insbesondere soziale Kontakte im direkten Umfeld der Schüler*innen (nicht aber in der Familie) der wesentliche Faktor im Mobilisierungsprozess waren. Dieser Befund ist *per se* nicht ungewöhnlich und bestätigt vielmehr die zentrale Rolle persönlicher Beziehungen im Mobilisierungsprozess von Demonstrationen, die wir auch

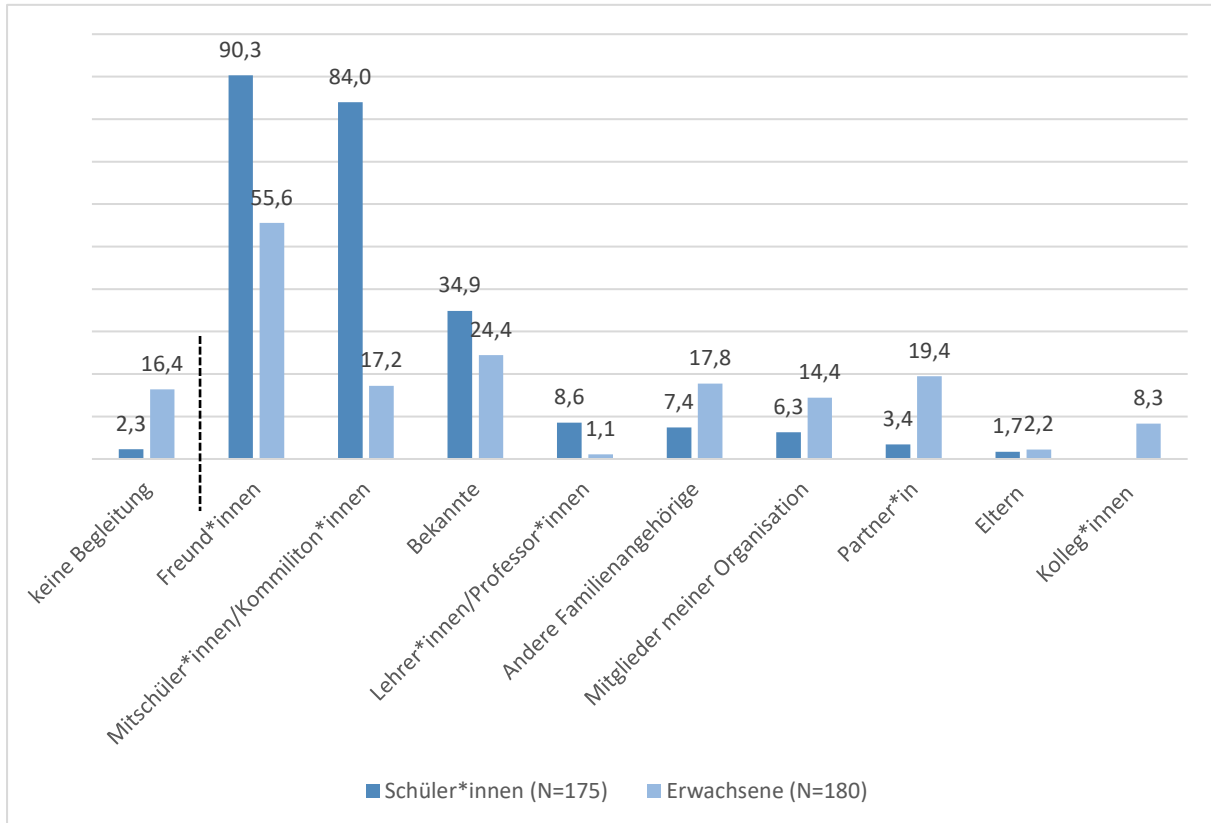
für andere Proteste feststellen konnten. Die Bedeutung dieser sozialen Dimension des Protests unter den Schüler*innen und auch die geringe Rolle von Organisationen sind dennoch bemerkenswert; sie sprechen gegen die These der Fremdsteuerung durch externe Organisationen oder auch durch die Eltern. Deutlich wird zudem, dass digitale Soziale Medien auch für Schüler*innen eine zwar wichtige, aber nicht eben die zentrale Informationsquelle für die Demonstration sind.

Eine weitere Vermutung, die immer wieder geäußert wurde, um die hohe Anziehungskraft von FFF für junge Menschen zu erklären, ist die Person Greta Thunberg. Thunberg wirke, so die These, mit ihrem selbstbewussten Auftreten, ihrer Handlungskonsequenz und ihren kompromisslosen Forderungen als Rollenmodell. Ihre medienwirksamen Auftritte auf dem Parkett der nationalen und internationalen Politik zeigten das Potential jugendlichen Engagements und motivierten damit auch diejenigen, die sich bisher wenig für Politik und Klimaschutz interessierten. Auch wenn der genaue Einfluss Thunbergs schwer zu bestimmen ist, zeigen unsere Daten doch, dass sie Spuren hinterlassen hat und als ein Mobilisierungsfaktor wirkte: Rund 45 Prozent der Schüler*innen geben an, dass Thunberg die Entscheidung, am 15. März 2019 am Klimastreik teilzunehmen, beeinflusst habe. Weitere 20 Prozent stimmen dem zumindest teilweise zu. Interessant ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern: Während deutlich über die Hälfte der Schülerinnen die Aussage bejahen, liegt der Wert bei den

Schülern unter einem Drittel. Vor allem auf Mädchen und junge Frauen wirkt Thunberg also inspirierend und motivierend. Aber auch unter den Er-

wachsenen scheint Thunberg Eindruck zu hinterlassen. In dieser Gruppe gibt fast ein Drittel an, durch Thunberg in der Entscheidung, am Protest teilzunehmen, beeinflusst worden zu sein.

Abbildung 10: Begleitung auf der Demonstration¹⁵ (Mehrfachantworten möglich); in %



3.5 Politisches Interesse und Engagement

Im Vergleich zu anderen Protesten sind bei FFF überdurchschnittlich viele Erstdemonstrierende bzw. Protestneulinge dabei (Abbildung 11, nächste Seite). Dies trifft insbesondere auf die Schüler*innen zu. Knapp 40 Prozent hatten noch nie demonstriert; weitere 42,8 Prozent waren bisher nur auf einigen wenigen Demonstrationen. Bei den Erwachsenen besteht eine weitaus größere Protesterfahrung; lediglich 10,4 Prozent sind Protestneulinge.

Die Teilnahme an Protest ist immer auch eine Ausdrucksform politischen Interesses und politischen Handelns. Dies wurde allerdings für die protestierenden Schüler*innen in den medialen Debatten um die FFF Aktivitäten häufig in Frage gestellt. So wurde ihnen vorgehalten, dass sie politisch wenig interessiert seien und in erster Linie auf die Straße gehen, um die Schule zu schwänzen. Unsere Befragung liefert ein anderes Bild. Insgesamt bekundeten 82 Prozent der Befragten ein großes bis sehr großes Interesse an Politik. Dabei gibt es einen kleinen Unterschied zwischen Erwachsenen (85,5 % interessieren sich „ziemlich“ oder „sehr“ für Politik) und Schüler*innen, von

¹⁵ Die Mehrfachantworten rechts der gestrichelten Linie standen für diejenigen, die in der vorgelagerten Frage angaben, ohne Begleitung auf der Demonstration zu sein, nicht zur Verfügung.

denen sich 77,9 Prozent ziemlich oder sehr für Politik interessieren.

Gleichzeitig trägt das Demonstrieren selbst zu einem weiteren Politisierungseffekt bei. Darauf deuten die Unterschiede zwischen Neulingen und erfahreneren Demonstrierenden hin. Unter denjenigen, die angeben, ein sehr großes Interesse an Politik zu haben, sind 34 Prozent der Protesterfahrenen, aber lediglich 17,4 Prozent der Erstdemonstrierenden. Das gilt für beide Geschlechter, auch wenn Männer insgesamt ein leicht höheres Interesse an Politik bekunden.

Die Unterschiede zwischen Schüler*innen und Erwachsenen treten noch etwas klarer hervor, wenn man nach der Häufigkeit der Diskussionen

über Politik fragt (Abbildung 12, nächste Seite). Über die Hälfte der Erwachsenen gibt an, sehr häufig über Politik zu diskutieren (51,4 %). Bei den Schüler*innen sind es 36,1 Prozent. Die Unterschiede sind jedoch am größten zwischen Protesterfahrenen – von ihnen diskutieren 50,8 Prozent sehr häufig über Politik – und Protestneulingen (23,3 %; Werte nicht abgebildet). Das zeigt, dass Protestieren eine lebensweltliche Erfahrung ist, die wiederum die Auseinandersetzung mit der Politik erhöht. Nicht nur, aber besonders für Schüler*innen bedeutet das: Die Teilnahme am Protest ist ein Akt des politischen Lernens.

Abbildung 11: Demonstrationserfahrung, Schüler*innen und Erwachsene; in %

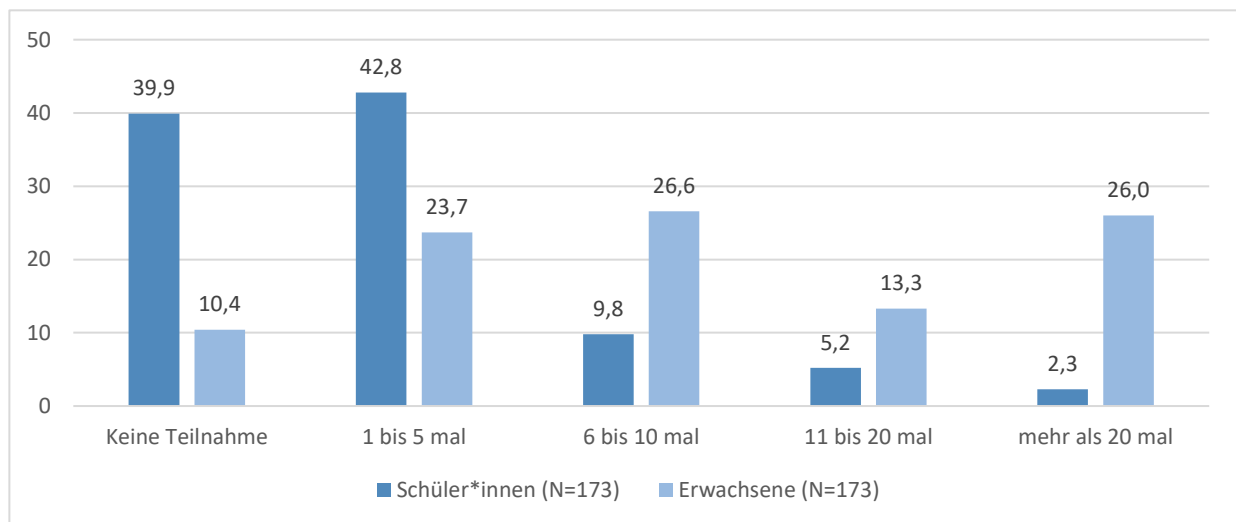


Abbildung 13 (nächste Seite) zeigt zudem, dass die Schüler*innen zu Hause nicht nur über Politik im Allgemeinen, sondern insbesondere auch über den Klimawandel diskutieren. 53,5 Prozent der Schüler*innen sprechen mit ihren Eltern oft oder sehr oft über dieses Thema. Hier wird die Bedeutung der politischen Sozialisation im Elternhaus ersichtlich. Dabei stehen die Schüler*innen ihren Eltern durchaus kritisch gegenüber. Obwohl über zwei Drittel der Befragten angeben, dass sich ihre

Eltern mit dem Thema beschäftigen, sind lediglich 18 Prozent der Ansicht, dass sich ihre Eltern auch ausreichend gegen den Klimawandel engagieren. Das wurde in der medialen Berichterstattung häufig als Generationenkonflikt bezeichnet. Auch wenn dies übertrieben erscheint, so darf die Bedeutung solcher Auseinandersetzungen für die Entwicklung eigener Positionen und politischer Handlungsmotivation von Kindern und Jugendlichen nicht vergessen werden.

Abbildung 12: Diskussionen über Politik, Schüler*innen und Erwachsene¹⁶; in %

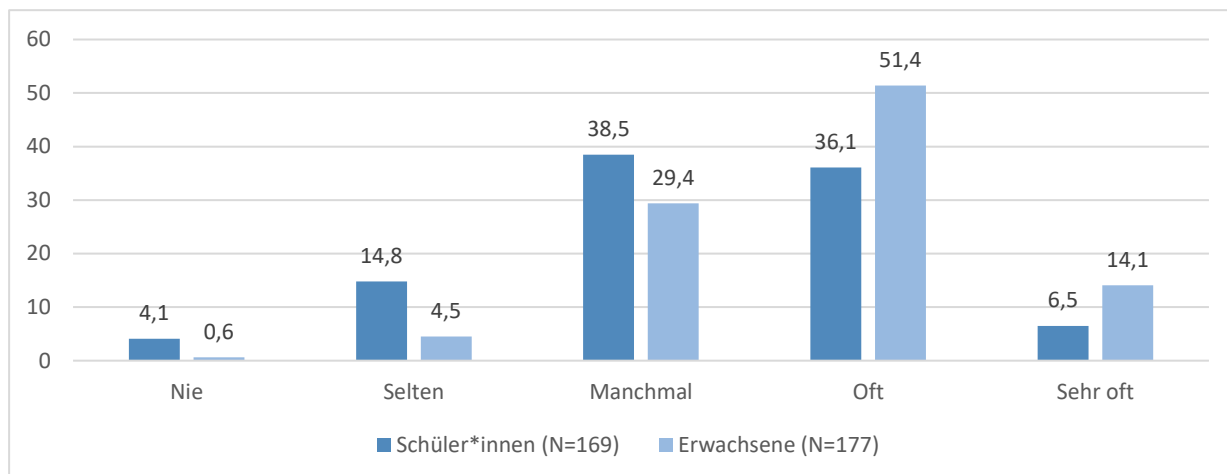
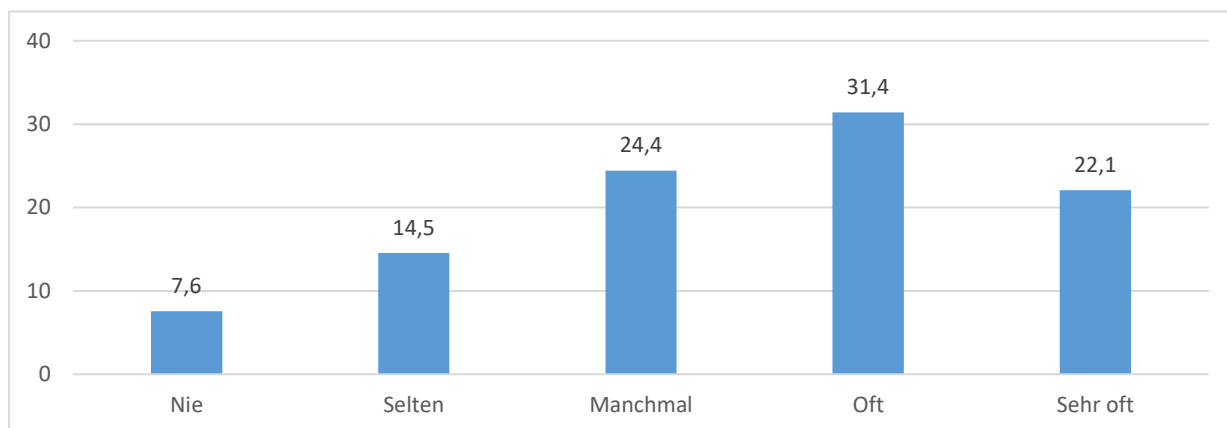


Abbildung 13: Klimadiskussionen mit den Eltern, Schüler*innen (N=172)¹⁷; in %



Die politische Informiertheit der Protestierenden spiegelt sich auch in ihrer Einschätzung der eigenen Wirkmächtigkeit wider. Auch im Vergleich zu anderen Demonstrationen besitzen die Befragten eine ausgeprägte Wahrnehmung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten. Sie sind sehr optimistisch, etwas bewegen zu können. Über 55 Prozent der Schüler*innen sind der Ansicht, mit ihrem Engagement die Politik in Deutschland beeinflussen zu können (Abbildung 14, nächste

Seite). Damit schätzen sie ihr Gestaltungspotential höher ein als die Erwachsenen (47,3 %). Noch größere Zustimmung erhält die Aussage „Wenn sich Bürger*innen zusammenschließen, können sie viel Einfluss auf politische Entscheidungen in diesem Land nehmen“ (Abbildung 15). 77,6 Prozent der Schüler*innen stimmen der Aussage zu. Kollektives Handeln wird somit als ein zentraler Weg der Beeinflussung der Politik angesehen.

¹⁶ Frage im Wortlaut: „Wenn Sie sich mit Ihren Freund*innen, Verwandten oder Kolleg*innen treffen, wie oft diskutieren Sie über Politik?“

¹⁷ Frage im Wortlaut: „Wie oft diskutieren Sie mit Ihren Eltern über den Klimawandel?“

Abbildung 14: Zustimmung zur Frage „Mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen“; Schüler*innen und Erwachsene; in %

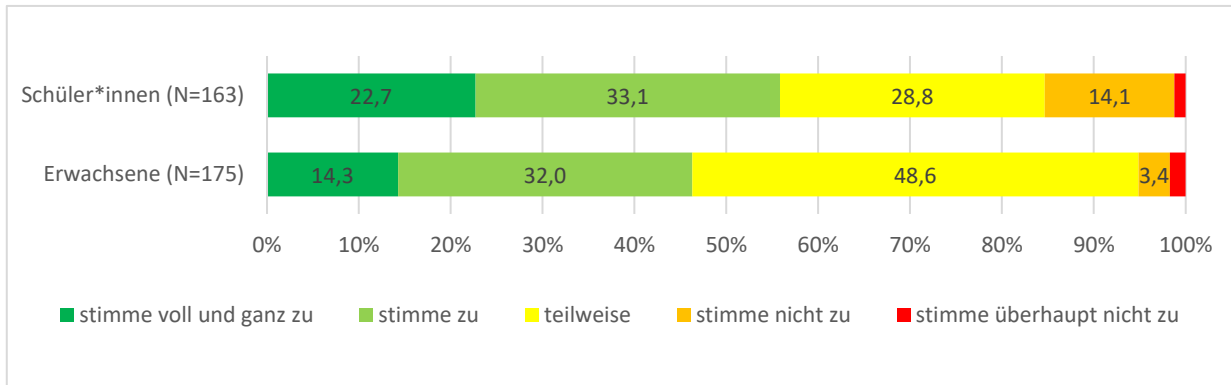
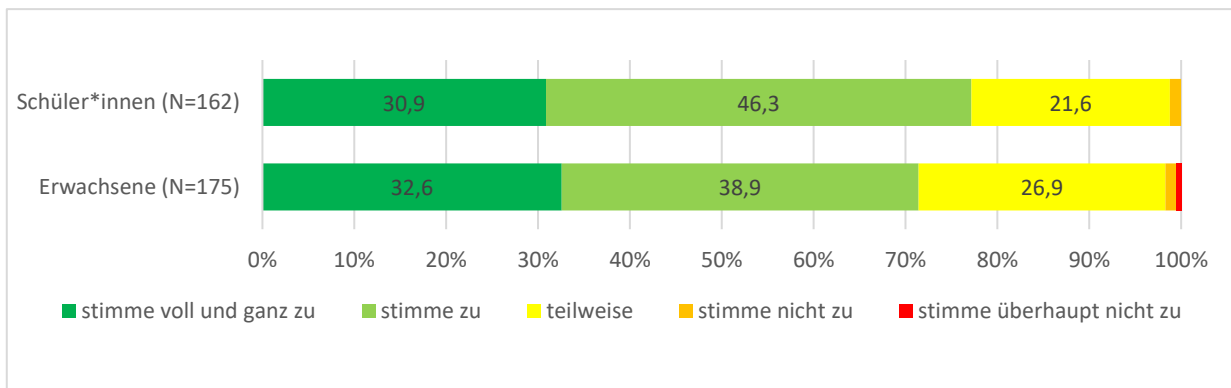


Abbildung 15: Zustimmung zur Frage „Wenn sich Bürger*innen zusammenschließen, können sie viel Einfluss auf politische Entscheidungen in diesem Land nehmen“; Schüler*innen und Erwachsene; in %



Dieser Zukunfts- und Gestaltungsoptimismus findet sich auch dann, wenn die Protestierenden mit spezifischen Aussagen zum Klimawandel konfrontiert werden. Ein hoher Anteil der Befragten ist zuversichtlich, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen können (Abbildung 16, nächste Seite). Selbst wenn die Dinge düster aussehen, verlieren sie nicht die Hoffnung (Abbildung 17, nächste Seite). Dieser Optimismus ist im

Kontext der öffentlich diskutierten Schreckensszenarios besonders erstaunlich. Hier wird ein weiteres Moment *präfigurativen* Handelns¹⁸ ersichtlich. Die Jugendlichen glauben fest an die Gestaltbarkeit ihrer Zukunft. Und genau dieser Glaube versetzt sie in die Lage, im Hier und Jetzt zu handeln und sich selbst als wirkmächtig zu erfahren.

¹⁸ Mit dem aus dem angloamerikanischen Sprachraum entlehnten Begriff präfigurativ (prefigurative) wird die Vorwegnahme gesamtgesellschaftlicher Visionen in

der konkreten Lebenspraxis von kleinen Gruppen bezeichnet.

Abbildung 16: Zustimmung zur Aussage „Ich bin zuversichtlich, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen können“, Schüler*innen und Erwachsene; in %

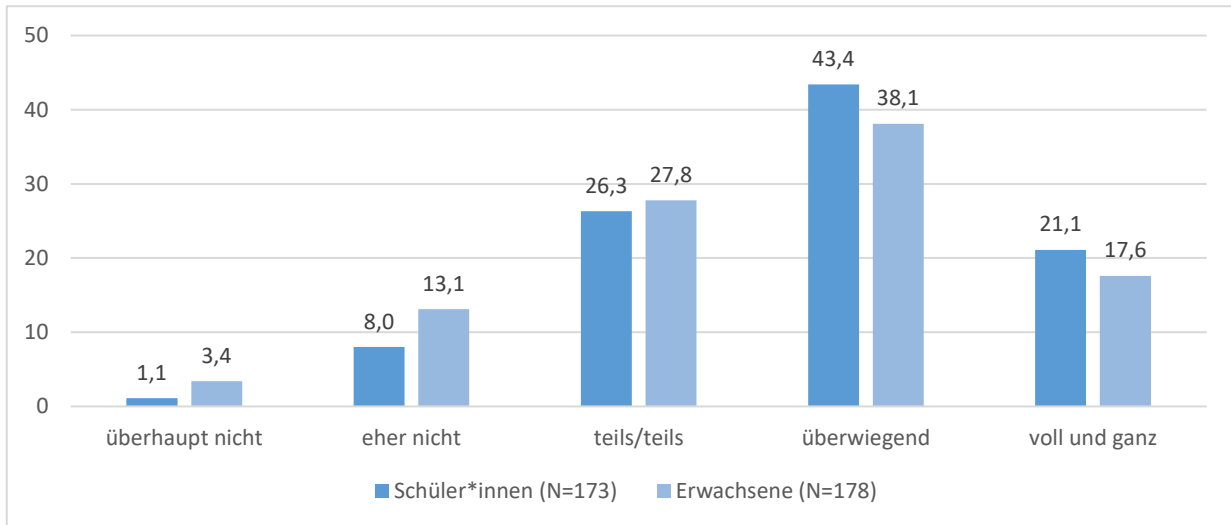
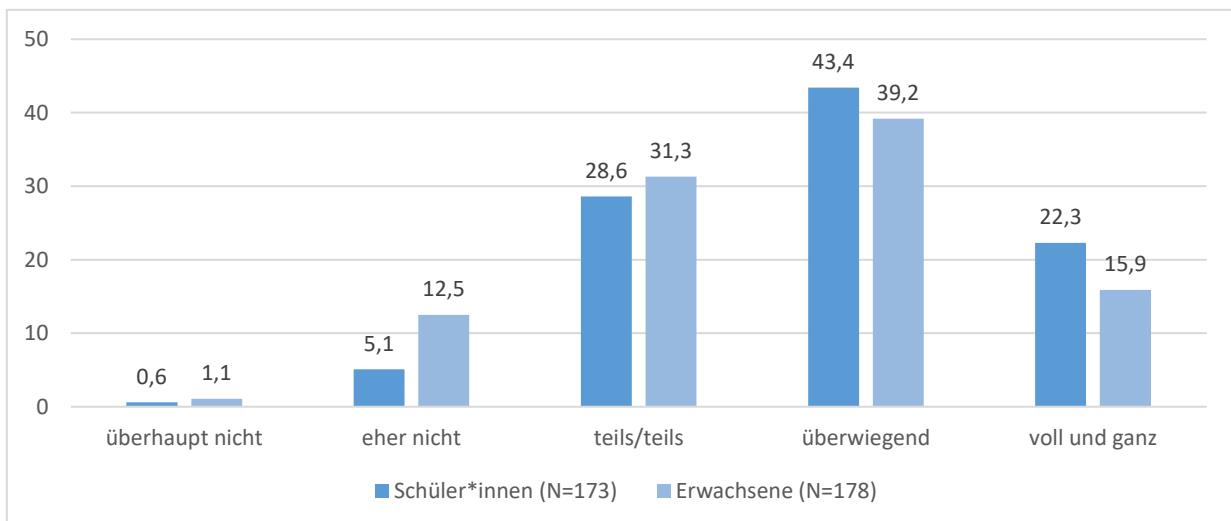


Abbildung 17: Zustimmung zur Aussage „Auch wenn die Dinge düster aussehen, verliere ich nicht die Hoffnung, dass wir den Klimawandel eindämmen können“, Schüler*innen und Erwachsene; in %



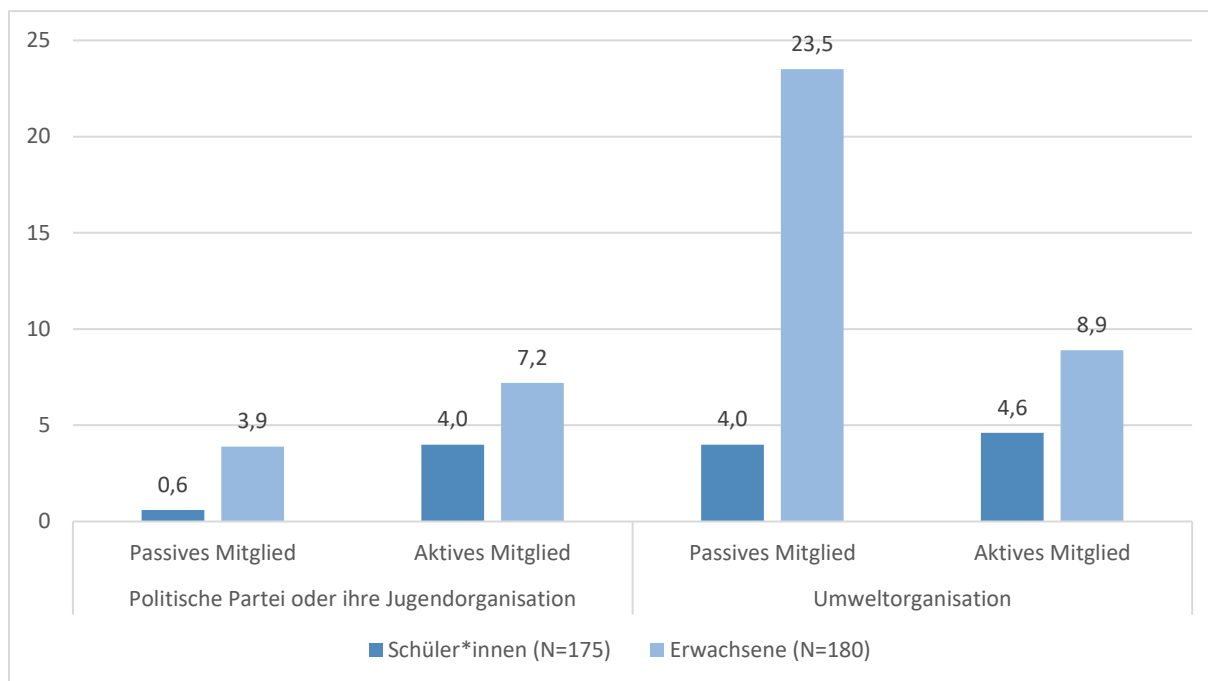
Den generellen Eindruck besorgter, aber entschlossener und keineswegs resignierter Demonstrierender bestätigen die Antworten auf eine weitere Fragenbatterie: So baten wir die Befragten anzugeben, wie sie sich fühlen, wenn sie an den Klimawandel denken. Für die Emotionen wütend, hoffnungslos, besorgt, beunruhigt, ängstlich, frustriert und machtlos konnten auf einer 5er-Skala von „überhaupt nicht“ bis „sehr“ die Zustimmung angegeben werden. Unter allen Emotionen erhält „hoffnungslos“ die geringsten Zustimmungswerte; nur rund 25 Prozent sehen ihre Gefühle damit ziemlich oder sehr gut beschrieben.

Ein großer Teil der Protestierenden ist auch über das Demonstrieren hinaus politisch aktiv. Insgesamt sind zwei Drittel der Befragten in mindestens einer Organisation tätig. Unter den Erwachsenen liegt der Anteil bei rund 75 Prozent, unter den Schüler*innen bei 60 Prozent. Abbildung 18 (nächste Seite) weist die Mitgliedschaft in Parteien (bzw. deren Jugendorganisationen) sowie in Umweltorganisationen aus. Über zehn Prozent der Erwachsenen und knapp fünf Prozent der Schüler*innen sind aktives oder passives Mitglied in Parteien bzw. ihrer Jugendorganisationen. Die passive oder aktive Mitgliedschaft in Umweltorganisationen ist weiter verbreitet.

Über 30 Prozent der Erwachsenen und knapp zehn Prozent der Schüler*innen sind dort passives oder aktives Mitglied. Die verhältnismäßig geringe Bedeutung der Umweltorganisationen in der Gruppe der Schüler*innen zeigt, dass bei FFF die Schule – und nicht andere Organisationen – der zentrale Mobilisierungsort der Selbstorganisation ist. Auch diese Zahlen sprechen gegen

den Verdacht der Kooptation durch Interessengruppen. Tatsächlich sind Schüler*innenvertretungen in eben jener Gruppe der – nach Sportvereinen – zentrale Ort des bürgerschaftlichen Engagements: 6,9 Prozent der Schüler*innen sind aktives Mitglied und 17,9 Prozent passives Mitglied in Schüler*innenvertretungen.

Abbildung 18: Mitgliedschaft in Organisationen, Schüler*innen und Erwachsene; in %



3.6 Politische Einstellungen

Proteste sind ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Insbesondere für diejenigen, die ihre Anliegen nicht ausreichend oder nicht länger durch die politischen Parteien und andere Akteure des institutionalisierten Politikbetriebs vertreten sehen, sind sie ein Modus der Artikulation und Behauptung von Interessen. Die Teilnehmer*innen der FFF-Demonstration am 15. März 2019 geben an, mit dem Protest ihre Interessen verteidigen und ihre Ansichten ausdrücken zu wollen (siehe Teil 3.3). Sie sind unzufrieden mit der derzeitigen Politik. Insbesondere ist ihr Vertrauen in die Lösungskompetenz der Regierung gering. Gleichzeitig haben die Analysen gezeigt, dass die Demonstrierenden keineswegs politikverdrossen und resignativ sind. Es herrscht Zuversicht, dass der drohende Klimawandel durch politische Entscheidungen bekämpft werden kann.

Die Demonstrierenden sehen ihre Rolle darin, eben diese Entscheidungen herbeizuführen, indem sie Politiker*innen unter Druck setzen, bereits gemachte Versprechen einzuhalten.

Die Ergebnisse zu politischen Einstellungen bestätigen diesen Eindruck. Im ersten Teil des folgenden Abschnitts betrachten wir die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und das Vertrauen in zentrale Institutionen derselben. Im zweiten Teil behandeln wir Fragen zur politischen Positionierung.

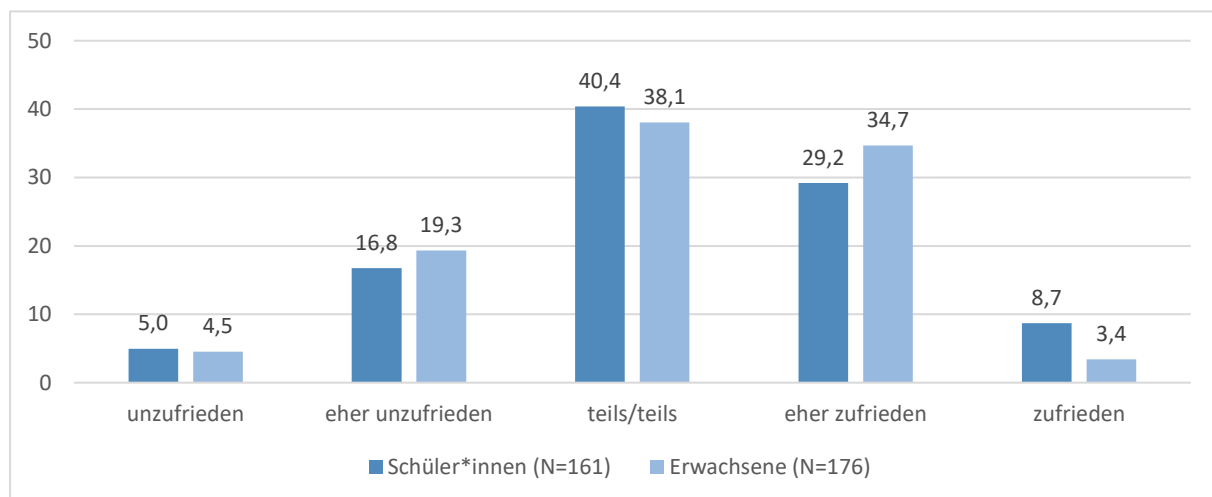
Ein zentraler Ausgangspunkt politischer Einschätzungen und eine Grundlage für die Beurteilung spezifischer Institutionen und politischer Praxen ist die allgemeine Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Im Hinblick darauf sollten die Befragten auf einer 11-stufigen Skala ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit ange-

ben. Die Ergebnisse (Abbildung 19) verdeutlichen, dass die Demonstrierenden eher zufrieden als unzufrieden sind; insgesamt geben rund 23 Prozent der Befragten an, (eher) unzufrieden zu sein, 38 Prozent der Befragten sind (eher) zufrieden. Im Durchschnitt sind die demonstrierenden Schüler*innen etwas zufriedener als die Erwachsenen, wobei die Verteilung insgesamt recht ähnlich ist. Die Zufriedenheitswerte liegen zwar unter denen der Gesamtbevölkerung von rund 55 Prozent (Decker, Kiess und Brähler 2014, 53) bzw. 53,2 Prozent (Decker und Brähler 2018, 97), aber deutlich über denen anderer von uns untersuchten Demonstrationen. Unter den Befragten der Anti-TTIP/CETA-Proteste 2015 gab nur jede*r Vierte*r an, (eher) zufrieden zu sein; bei den G20-Demonstrationen 2017 waren es noch etwas weniger und bei beiden Demonstrationen von

PEGIDA (Daphi et al. 2015b) und den „Montagsmahnwachen für den Frieden“ (Daphi et al. 2014) gar nur knapp über fünf Prozent.

Diese Werte verweisen auf einen generellen Unterschied zwischen diversen Protesten: Während die Forderung nach demokratischer Teilhabe und Transparenz ein wesentliches Anliegen sowohl der TTIP/CETA- als auch der G20-Proteste war, ist das Thema Demokratie und Demokratisierung in öffentlichen Äußerungen der FFF-Bewegung bislang (noch) eher randständig. Ob das so bleibt oder ob die Demokratiefrage im Verlaufe der Proteste – ähnlich wie bei den Stuttgart 21-Protesten – stärker virulent wird und die relativ hohe Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis abnimmt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die etablierte Politik die Anliegen der Demonstrierenden in ihrer Kommunikation und Politikgestaltung aufgreifen wird.

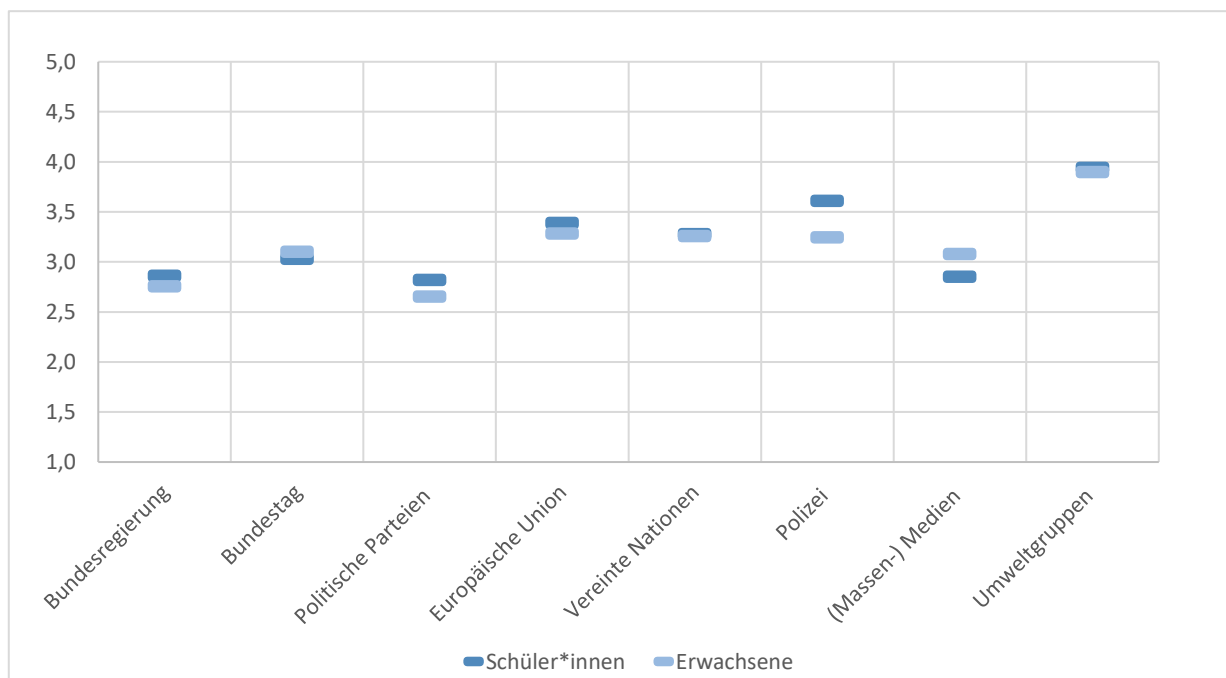
Abbildung 19: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, Schüler*innen und Erwachsene; in %



Das Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen wurde ermittelt, indem die Befragten auf einer 5-stufigen Skala den jeweiligen Grad ihres Vertrauens angeben konnten, von 1

(„überhaupt nicht“) über 3 („teilweise“) bis 5 („voll und ganz“). Abbildung 20 vergleicht das Institutionenvertrauen von Schüler*innen und Erwachsenen anhand des arithmetischen Mittels.

Abbildung 20: Institutionenvertrauen, Schüler*innen und Erwachsene, Mittelwerte¹⁹



Beide Gruppen weisen recht ähnliche Vertrauenswerte auf; allein das relativ höhere Vertrauen in die Polizei und das relativ geringere Vertrauen in die Massenmedien unter den Schüler*innen ist auffällig. Insgesamt ist das Vertrauen in die politischen Parteien und die Bundesregierung am geringsten ausgeprägt. Nur 11 Prozent geben an, den Parteien eher zu vertrauen. Bei der Bundesregierung liegt der entsprechende Wert bei rund 19 Prozent (*Werte nicht abgebildet*). Die mit Abstand höchsten Vertrauenswerte genießen Umweltgruppen (rund 80 Prozent der Befragten geben an, diesen Gruppen „weitgehend“ oder „voll und ganz“ zu vertrauen). Aber auch der Europäischen Union wird relativ viel Vertrauen entgegengebracht; hier liegt der Anteil bei rund 45 Prozent.

Sämtliche dieser Werte, und damit auch die vergleichsweise niedrigen Werte für Bundesregierung und Parteien, sprechen für ein relativ ausgewogenes Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes und gegen eine strukturelle Ver-

trauenskrise. Das Vertrauensniveau der FFF-Demonstrierenden liegt zum Teil erheblich höher als unter den Befragten früherer und anderer Demonstrationen. Ganz besonders trifft dies auf das Vertrauen in die EU zu. Dagegen lagen bei den Anti-TTIP/CETA- und den G20-Protesten die Vertrauenswerte in die EU lediglich zwischen 10 und 15 Prozent.

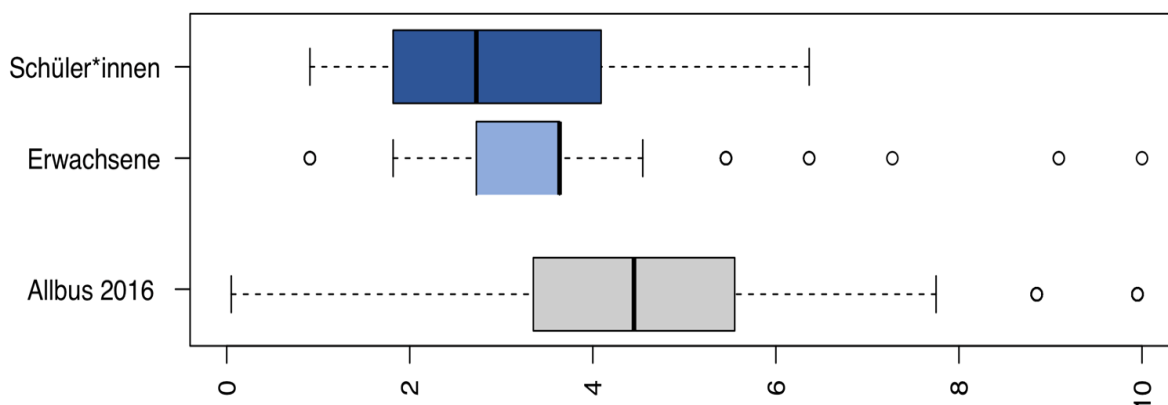
Das Thema Klimaschutz ist in weiten Teilen des politischen Spektrums von ganz links bis ins konservative Milieu anschlussfähig. Um mehr über die politische Positionierung der der FFF-Demonstrierenden zu erfahren, haben wir zunächst die Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala erfragt. Demnach positionieren sich die Demonstrierenden überwiegend links der Mitte. Auf einer Skala von 1 („links“) bis 10 („rechts“) ordnen sich 72 Prozent der Befragten links der Mitte ein. Dieser Wert liegt unter dem Wert für dezidiert linke Demonstrationen wie den G20-Protesten 2017 mit rund 90 Prozent und auch den TTIP/CETA-Protesten mit rund 77 Prozent, aber weit über dem

¹⁹ Frage im Wortlaut: „Hier sehen Sie eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Institutionen. Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie der Einrichtung bzw. der Institution vertrauen“. (1 = „überhaupt nicht“; 5 = „voll und ganz“).

Wert für die Gesamtbevölkerung. Die teilnehmenden Erwachsenen sind mit 78 Prozent links der Mitte stärker vertreten als die Schüler*innen mit 67 Prozent. In dieser Gruppe wiederum positionieren sich die Protestneulinge am deutlichsten in der Mitte der Skala.

Abbildung 21 verdeutlicht die überwiegend linke politische Positionierung der Demonstrant*innen im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung in Deutschland (Allbus 2016).

Abbildung 21: Vergleich Links-Rechts-Positionierung mit dem Bevölkerungsdurchschnitt



Wie spiegelt sich diese dominant linke Positionierung²⁰ der Demonstrierenden in der Parteipräferenz wider? Wir haben gefragt, mit welcher politischen Partei sich die Protestierenden am stärksten identifizieren.²¹

Zunächst geben 35 Prozent der Erwachsenen und etwas mehr als 50 Prozent der Schüler*innen an, keine klare Parteipräferenz zu haben (Abbildung 22 und 23). Unter den Protestneulingen sind es gar über 63 Prozent. Diese Ergebnisse widerlegen die These, dass es sich bei FFF in erster Linie um eine der grünen Partei auf das Engste verbundene Bewegung handelt. Angesichts der jahrzehntelangen Allianz der Grünen mit der deutschen Klima- und Umweltschutzbewegung ist es allerdings wenig erstaunlich, dass sich die Demonstrierenden am ehesten mit dieser Partei

identifizieren. Rund 41 Prozent der Erwachsenen und 31 Prozent der Schüler*innen präferieren die Grünen (insgesamt: 35,9 %). Klammern wir diejenigen ohne klare Parteipräferenz aus, so erreichen die Grünen in beiden Gruppen Zustimmungswerte von rund 63 Prozent. Unter den Protestneulingen mit Parteiidentifikation tendieren gar drei Viertel der Befragten zu den Grünen. Von den anderen Parteien spielt allein die Partei Die Linke mit zusammen rund 12 Prozent bzw. – nach Ausklammern derjenigen ohne Parteipräferenz – mit rund 21 Prozent eine wesentliche Rolle. Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD liegen unter, bzw. nach erneutem Ausklammern derjenigen ohne Parteiidentifikation, knapp über fünf Prozent.

²⁰ Die linke Positionierung wird auch durch einige Einstellungsfragen bestätigt, die hier nicht in ihrer Gänze ausgewertet werden. So stimmen beispielsweise rund 86 Prozent der Befragten der Aussage zu „Menschen

aus anderen Ländern sollte es erlaubt sein, in mein Land zu kommen und dort dauerhaft zu leben“.

²¹ Da es sich um eine europaweit koordinierte Umfrage handelt, konnten wir nicht die klassische Sonntagsfrage stellen.

Abbildung 22: Parteiidentifikation Schüler*innen (N=175); in %

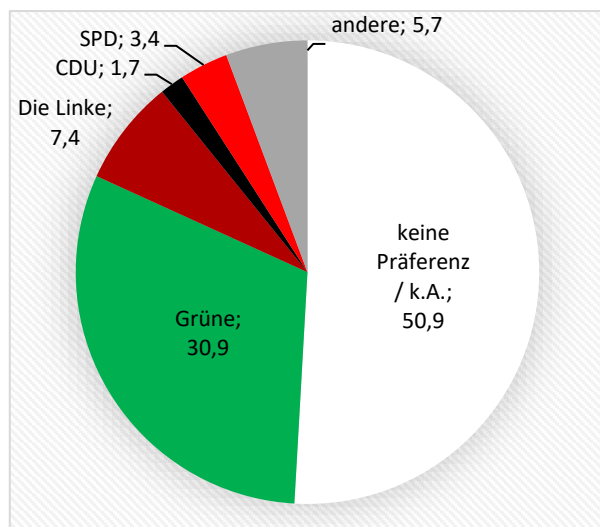
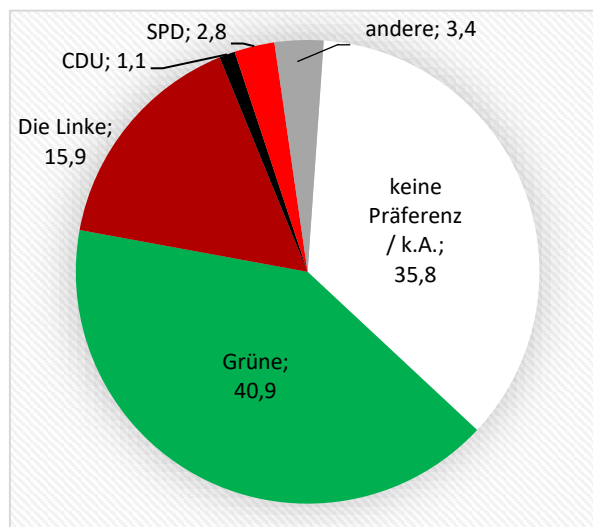


Abbildung 23: Parteiidentifikation Erwachsene (N=180); in %



Die hohe Sympathie unter den Demonstrierenden für die Grünen ist nicht unbedingt auf neue Entwicklungen zurückzuführen. Dies zeigen die Ergebnisse zu der Frage nach der Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl. Von den 147 Befragten, die angaben, im Jahr 2017 gewählt zu haben, favorisierten fast 50 Prozent die Grünen. Die Linke war 2017 mit rund 31 Prozent noch etwas stärker vertreten als zum Zeitpunkt der Demonstrationsbefragung.

Insbesondere die hohen Zustimmungswerte von über 60 Prozent unter den einer Partei zuneigenden Schüler*innen und Protestneulingen (siehe oben) zeigen das Unterstützungspotential, das FFF für die Grünen beinhaltet. Diese Werte legen nahe, dass insbesondere diese Partei von einer weiteren Ausdehnung der Kampagne profitieren könnte. CDU/CSU und SPD hingegen müssen bei einer weiterhin zurückhaltenden Klima- und Umweltschutzpolitik befürchten, die durch die Klimafrage politisierten Jugendlichen langfristig zu verlieren.

3.7 Befunde des Ländervergleichs

FFF ist nicht auf Schweden – dem Heimatland Greta Thunbergs – oder Deutschland beschränkt. Vielmehr liegt die Bedeutung dieser Mobilisierung nicht zuletzt in ihrer Ausbreitung in ganz Europa und weit darüber hinaus. Der weltweite Klimastreik am 15. März 2019 mobilisierte laut der ARD-Tagesschau²² Schüler*innen und andere Protestierende in mehr als 120 Ländern.

Inwieweit entsprechen die in den vorangehenden Abschnitten präsentierten Ergebnisse für die Protestierenden in Bremen und Berlin denen in anderen Ländern? Welche Unterschiede zeigen sich im Ländervergleich?

Wie bereits eingangs erwähnt, haben zeitgleich zu unserer Befragung in Berlin und Bremen Forscher*innen in acht weiteren Ländern Demonstrationsbefragungen der FFF-Proteste am 15. März 2019 durchgeführt.²³ Die im Folgenden präsentierten Daten vermitteln einen unvollständigen Eindruck aus dem Ländervergleich.

Zuvor haben wir festgehalten, dass sich ungewöhnlich viele Frauen und Mädchen an den Protesten in Deutschland beteiligen. Dies bestätigt

²² <https://www.youtube.com/watch?v=EhdfxYILjt4> [17.06.2019].

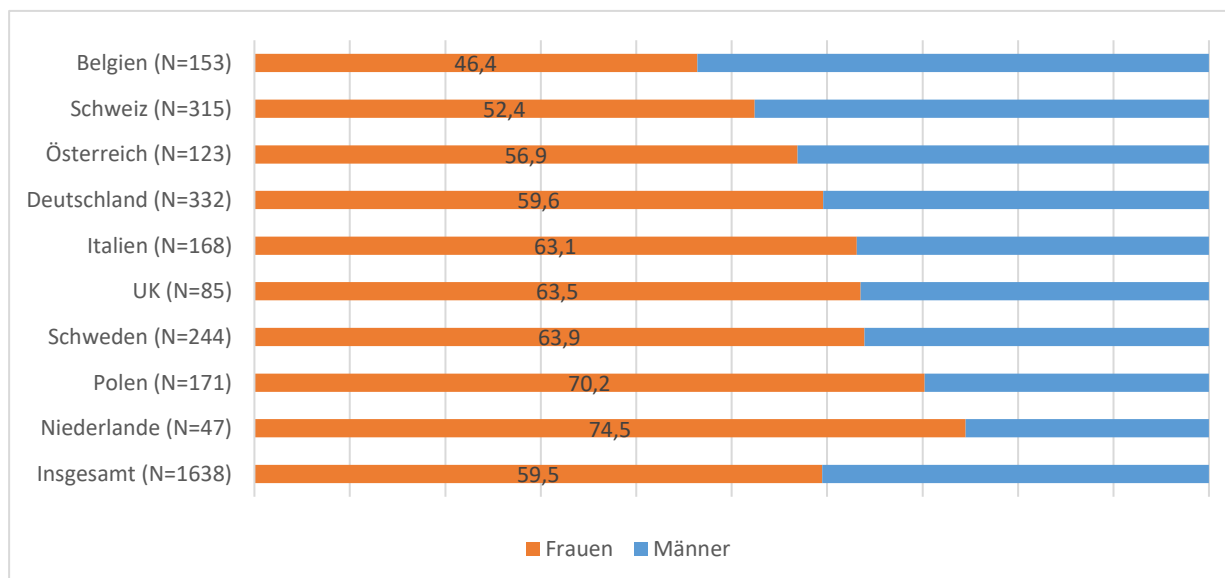
²³ Eine ausführlichere Darstellung der Ergebnisse der anderen Länder und weitere Informationen zu den beteiligten Wissenschaftler*innen bieten Wahlström et

al. 2019b. Wir bedanken uns bei den verantwortlichen Ländertteams dafür, die Daten nutzen zu können. Insbesondere gilt unser Dank den Koordinatoren Joost de Moor, Mattias Wahlström und Michiel de Vydt.

sich auch im europäischen Vergleich (Abbildung 24). Mit einem Frauenanteil von rund 60 Prozent liegt Deutschland sogar in der unteren Hälfte der

Ländergruppe. Polen und die Niederlande erreichen Werte von über 70 Prozent. Allein in Belgien beteiligen sich etwas mehr Männer als Frauen an den Protesten.

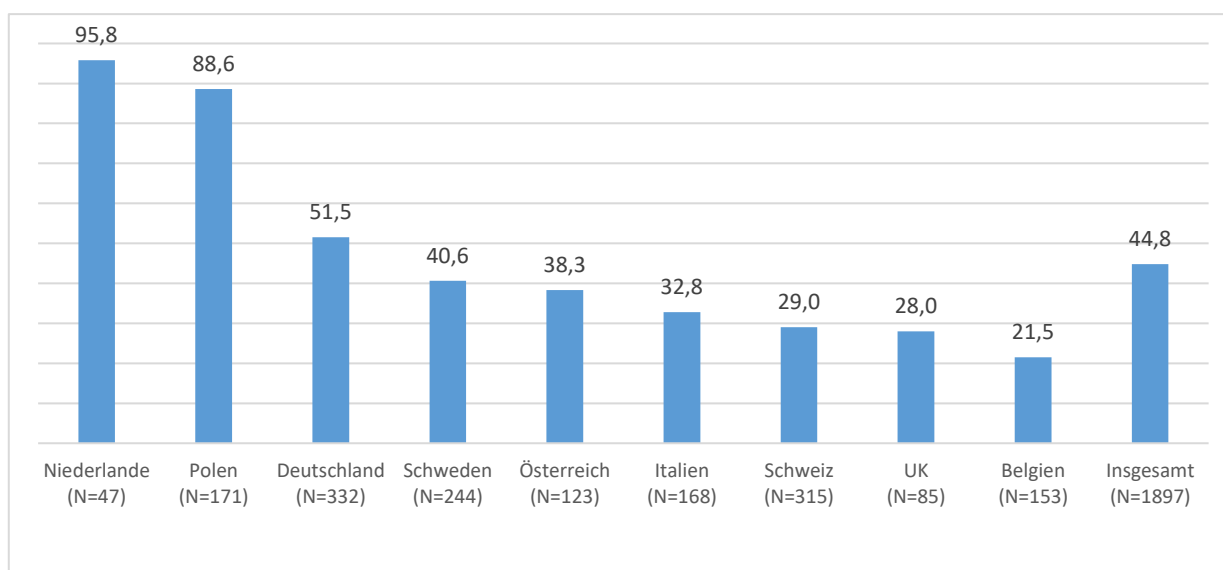
Abbildung 24: Geschlechterverteilung Frauen und Männer, europäischer Vergleich; in %



Die Verteilung der Geschlechter zeigt auf der einen Seite ein dominantes Muster hoher Frauenbeteiligung. Auf der anderen Seite verweist der Ländervergleich auch darauf, dass innerhalb dieses Musters eine große Bandbreite besteht. Bei

der Altersverteilung der Demonstrierenden ist es ähnlich: In allen neun Ländern ist die Gruppe der 14-19-Jährigen am stärksten vertreten. Das Ausmaß dieser Dominanz variiert aber sehr stark (siehe Abbildung 25).

Abbildung 25: Beteiligung der Gruppe der 14-19-Jährigen, europäischer Vergleich; in %



Die Befragten in Polen und den Niederlanden weisen nicht nur im Durchschnitt einen höheren

Frauenanteil auf, sondern sind auch deutlich jünger als ihre europäischen Mitstreiter*innen.

Knapp 90 Prozent der Befragten in Polen bzw. über 95 Prozent der Befragten in den Niederlanden sind 19 Jahre alt oder jünger²⁴. Das Medianalter²⁵ liegt bei 16 bzw. 18 Jahren. Deutschland folgt mit weitem Abstand mit einer Beteiligung dieser jüngsten Altersgruppe von knapp über 50 Prozent. In Italien, der Schweiz, Großbritannien und Belgien liegen die Werte bei weniger als einem Drittel. In diesen Ländern ist die Beteiligung verschiedener Altersgruppen gleichmäßiger, worauf auch das Medianalter von über 30 Jahren hinweist. Erwähnenswert ist zudem der Fall Schweden mit einer außergewöhnlichen Allianz von ganz jung und ganz alt: Hier ist die Gruppe der über 65-Jährigen mit knapp 15 Prozent nach der Gruppe der 14-19-Jährigen am zweitstärksten vertreten; kein anderes Land erreicht einen annähernd hohen Wert in dieser Alterskategorie. Aus den großen Diskrepanzen ist zu schließen, dass in den einzelnen Ländern nicht nur unterschiedliche Protestkulturen und Wahrnehmungen der Protestträger – als einer reinen Jugend- oder gar Kinderbewegung oder einer breiteren gesamtgesellschaftlichen Bewegung – bestehen, sondern dass vermutlich auch die Mobilisierungswege in den Niederlanden und in Polen sich ganz überwiegend auf die Schulen konzentrieren, während in Deutschland auch andere Kanäle, zum Beispiel herkömmliche Umweltverbände, Elternverbände und Wissenschaftler*innengruppen, eine nennenswerte Rolle spielen.

Diese knappe Darstellung der Verteilungen von Geschlecht und Alter zeigt, dass die FFF-Proteste im europäischen Vergleich heterogener sind als es das Bild einer grenzüberschreitenden Kampagne vermuten lässt. Diese Erkenntnis bestätigt

²⁴ An dieser Stelle sei erneut darauf hingewiesen, dass wir aus forschungsethischen Gründen keine unter 14-Jährigen befragt haben.

²⁵ Der Medianwert teilt eine Gruppe so in zwei Hälften, dass die Werte in der einen Hälfte größer und in der anderen Hälfte kleiner sind als der Medianwert.

²⁶ Bei den unter 25-Jährigen variiert der Anteil zwischen 60 Prozent in Schweden und rund 88 Prozent in den Niederlanden.

²⁷ Für alle vier Variablen ergibt sich ein signifikanter ($p < .001$) negativer Zusammenhang mit dem Alter, der in diesem Fall bedeutet, dass die Zustimmung zur Lösungskompetenz der vier Auswahlmöglichkeiten mit zunehmendem Alter abnimmt. Am stärksten ist der

sich auch in Bezug auf die politischen Einstellungen und Einstellungsfragen zum Klimawandel.

So gibt es beispielsweise bei der politischen Positionierung der Teilnehmer*innen erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. Das zeigt unter anderem der Blick auf die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse. In allen Ländern positioniert sich die Mehrheit der Befragten links der Mitte. Während dieser Anteil in Polen und Schweden aber „nur“ rund 65 Prozent beträgt, liegt er in Italien und den Niederlanden rund 20 Prozentpunkte höher.²⁶

Noch größer sind die Unterschiede bei Einstellungsfragen zur Bekämpfung des Klimawandels. Abbildung 26 (nächste Seite) vergleicht die Beurteilung der Lösungskompetenzen für Umweltprobleme (siehe Teil 3.3 für Deutschland). Auf Grund der starken Unterschiede in der Altersstruktur in den verschiedenen Ländern und der gleichzeitig engen Korrelation von Alter und Einschätzung der Lösungskompetenz berücksichtigen wir nur die Gruppe der unter 25-Jährigen.²⁷ Die Länder sind sortiert nach dem Item mit der größten Streuung, in diesem Fall die Frage nach der Rolle des Individuums. Abgebildet ist der Anteil derjenigen, die den vorgelegten Aussagen „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zustimmen.²⁸ Es zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern, die auf unterschiedliche nationale Lösungsansätze innerhalb der international ausgerichteten Klimaschutzbewegung schließen lassen.

Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Wissenschaft variiert von rund 51 Prozent Zustimmung

statistische Zusammenhang für die Frage nach der freiwilligen Änderung des Lebensstils ($\beta = -0,16$). Während insgesamt rund 60 Prozent der unter 25-Jährigen dieser Aussagen „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zustimmen, sind es bei den Älteren nur rund 36 Prozent.

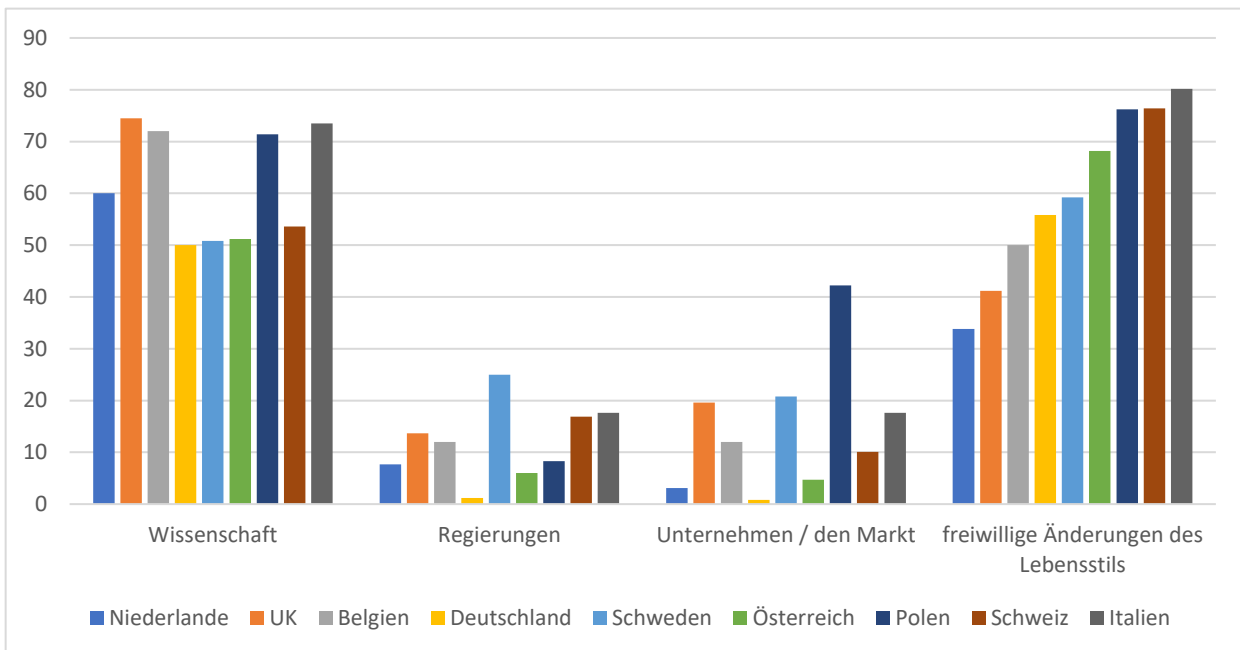
²⁸ Fragen und Aussagen in der deutschen Übersetzung im Wortlaut: „Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Bei der Lösung unserer Umweltprobleme können wir uns auf die moderne Wissenschaft/die Regierungen/Unternehmen und den Markt verlassen“. „Um den Klimawandel zu stoppen bedarf es in erster Linie freiwilliger Änderungen des individuellen Lebensstils“. Antwortmöglichkeiten auf einer 5er-Skala von „überhaupt nicht“ bis „voll und ganz“.

mung in Schweden bis zu über 70 Prozent in Polen, Italien, Belgien und Großbritannien. Die deutschen Protestierenden setzen europaweit am wenigsten Hoffnung in die Lösungskompetenz der Regierungen, wobei sich diese negative Einschätzung insbesondere auf die Rolle der deutschen Bundesregierung beziehen dürfte. Ähnlich niedrig sind diese Werte nur in Österreich, Polen und den Niederlanden; die Schwed*innen (25,0 %), Schweizer*innen (16,9 %) und – etwas überraschend – auch die Italiener*innen (17,6 %) hoffen vergleichsweise stärker, aber insgesamt immer noch wenig, auf eine produktive Rolle der Regierungen.

Die Lösungskompetenz von Unternehmen und dem Markt wird gänzlich unterschiedlich bewert-

et. Die Spannweite beträgt mehr als 40 Prozentpunkte. Insbesondere die Demonstrierenden in Polen (42,2 %) zeigen sich stark „marktgläubig“. Damit vertrauen die Pol*innen der kapitalistischen Selbstregulierung im Schnitt fünfmal eher als der Steuerung des Staates. Noch größere Unterschiede gibt es bei der Frage nach der Rolle eines jeden Individuums. Nur rund 34 Prozent der Befragten unter 25 Jahren in den Niederlanden glauben, dass es in erster Linie einer Änderung des individuellen Lebensstils bedarf, um die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen. In Italien, der Schweiz und Polen liegen die entsprechenden Werte oberhalb von 75 Prozent. Deutschland nimmt mit einer Zustimmungsrate von knapp 56 Prozent zusammen mit Schweden eine mittlere Position ein.

Abbildung 26: Beurteilung der Lösungskompetenz für Umweltprobleme²⁹, Alter < 25 Jahre; in %



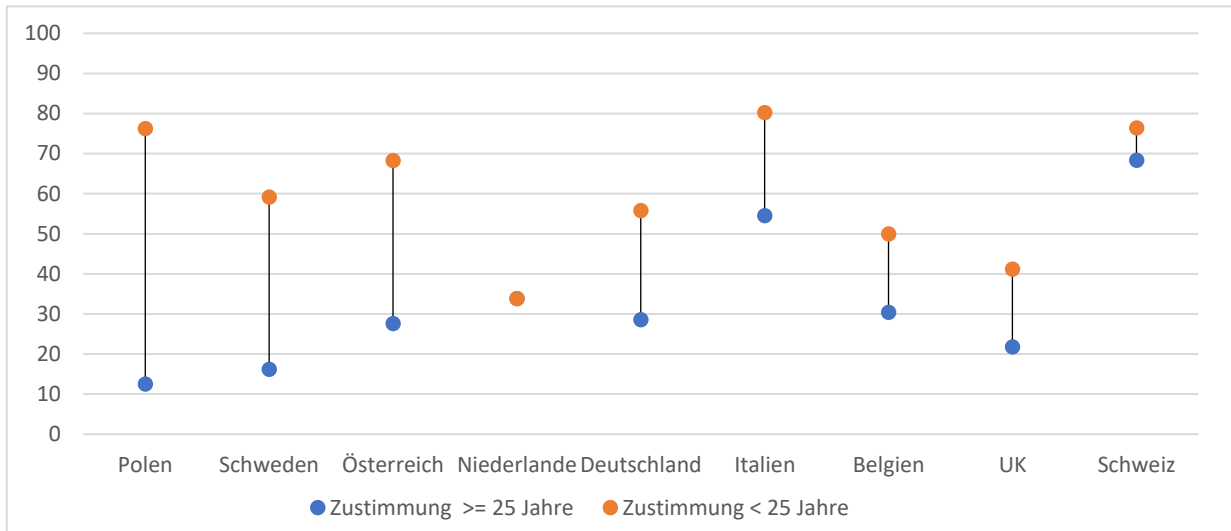
Aufschlussreich ist auch der Blick auf die Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Abbildung 27 vergleicht die Zustimmungswerte zur

Notwendigkeit freiwilliger Änderungen des Lebensstils für die Gruppe der unter 25-Jährigen mit älteren Kohorten.

²⁹ Aussagen im Wortlaut: Siehe Online-Fragebogen. Frage Q5, Seite 3, sowie siehe Fußnote 28. Abgebildet sind die addierten Anteile für „überwiegende“ oder

„voll und ganze“ Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen.

Abbildung 27: Zustimmung zur Aussage: „Um den Klimawandel zu stoppen bedarf es in erster Linie freiwilliger Änderungen des individuellen Lebensstils“, europäischer Vergleich alt-jung; in %



In allen Ländern sind die Zustimmungswerte der unter 25-Jährigen zum Teil sehr deutlich höher als bei den älteren Generationen. Mit Abstand am größten ist dieser Unterschied in Polen (76,2 % Zustimmung vs. 12,5 % Zustimmung), am geringsten in der Schweiz. Auf Grund der niedrigen Fallzahlen wurde für die Niederlande auf den Vergleich mit den Älteren verzichtet.

Während sich die wahrgenommenen Lösungsansätze zwischen den Ländern stark unterscheiden, sind die Protestierenden insgesamt dennoch ähnlich zuversichtlich, dass die Umweltprobleme mit grundlegenden Weichenstellungen und konsequentem Handeln gelöst werden können. Der Aussage „Auch wenn die Dinge düster aussehen, verliere ich nicht die Hoffnung, dass wir den Klimawandel eindämmen können“ stimmt die Mehrheit in allen Ländern „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zu. Hier sind sich die Demonstrierenden weitgehend einig: Polen rangiert mit 56 Prozent Zustimmung am Ende; Belgien liegt mit 66 Prozent ganz vorne. Mit 60 Prozent Zustimmung belegt Deutschland erneut eine mittlere Position. Die Zuversicht der jungen Demonstrierenden ist etwas stärker als die der Älteren. Im Gegensatz zur Einschätzung der Lösungskompetenzen unterscheiden sich die Altersgruppen aber kaum.

Insgesamt verdeutlicht dieser ländervergleichende Ausschnitt, dass die Protestierenden in

den neun untersuchten Ländern vieles gemeinsam haben. Innerhalb dieser Gemeinsamkeiten wie der starken weiblichen Mobilisierung, der hohen Beteiligung von Jugendlichen und dem dominant linken Selbstverständnis existiert allerdings eine große Bandbreite. Außergewöhnlich ist zudem die zum Teil grundsätzlich unterschiedliche Beurteilung der Lösungskompetenz von Markt, Regierung und Wissenschaft und der Rolle des Individuums. Diese Unterschiede verweisen trotz des gemeinsamen Banners, unter dem die Demonstrierenden der internationalen FFF-Kampagne für Klimaschutz eintreten, auf durchaus unterschiedliche Lösungsansätze und strategischen Präferenzen in den nationalen Klimabewegungen. FFF ist somit heterogener, als es der gemeinsame Aktionsrahmen, gemeinsame Forderungen und Slogans suggerieren.

3.8 Zusammenfassung

Was sagen die Ergebnisse der Demonstrationsbefragungen in Bremen und Berlin über die FFF-Protestierenden in Deutschland aus? Zusammengefasst ergibt sich folgendes Bild: Die FFF-Demonstrationen werden in erster Linie von jungen, relativ gut gebildeten Menschen und überraschend stark von jungen Frauen getragen. Viele der demonstrierenden Schüler*innen sind protestunerfahren und zum ersten Mal auf der Straße. Eine deutliche Mehrheit verortet sich im linken Spektrum; die Grünen bieten mit Abstand

die stärkste parteipolitische Identifikation. Persönliche Kontakte mit Freund*innen oder Mitschüler*innen sind sowohl für die Gruppe der Schüler*innen als auch für die etwa gleich große Gruppe der Erwachsenen der zentrale Weg der Mobilisierung. Umweltorganisationen oder politische Parteien spielen insgesamt eine ebenso eher nebensächliche Rolle wie die eigenen Eltern oder Lehrer*innen. Mit ihrem Protest wollen die Demonstrierenden die Bundesregierung, der insgesamt allerdings sehr wenig Vertrauen und Lösungskompetenz entgegengebracht wird, unter Druck setzen, den Klimawandel zu bekämpfen. Einen wichtigen Weg der Veränderung sehen insbesondere die demonstrierenden Schüler*innen zudem in der Veränderung der eigenen Lebens- und Konsumpraxis.

Während die Demonstrationsbefragungen in Bremen und Berlin sehr ähnliche Ergebnisse liefern, ergibt sich im europäischen Vergleich ein deutlich komplexeres Bild. Insgesamt ist die Kampagne hinsichtlich der Altersstruktur, der Verteilung der Geschlechter und insbesondere hinsichtlich der Einschätzung von Lösungswegen heterogener als der gemeinsame Rahmen vermuten lässt. Für fast alle Vergleichsdimensionen befindet sich Deutschland im Mittelfeld der neun untersuchten Länder.

Für alle Proteste, in Deutschland und darüber hinaus, bleibt festzuhalten, dass die Demonstrierenden keineswegs hoffnungslos und entmutigt sind, sondern vielmehr handlungsbereit, politisiert und trotz aller Umstände zuversichtlich sind, dass ihr Protest gesellschaftliche und politische Veränderungen hervorrufen kann. Bei mangelnder Anerkennung und ausbleibender Umsetzung der klimapolitischen Forderungen ist allerdings nicht auszuschließen, dass diese politische Entschlossenheit und Hoffnung in Resignation und Politikverdrossenheit umschlagen.

4. Die Resonanz auf FFF

Anders als die oben präsentierten Befunde aus der Befragung beruhen die nachfolgenden Ausführungen zur öffentlichen Resonanz auf FFF in Deutschland nicht auf einer systematischen und quantifizierenden Analyse, sondern lediglich auf einer kursorischen Sammlung und Sichtung öffentlich zugänglicher Äußerungen. Diese werden hier nur selektiv und in illustrativer Absicht ohne Anspruch auf Repräsentativität vorgestellt.

Nachdem in Schweden die ersten Zeitungsberichte über Greta Thunbergs „Streik“ erschienen waren und diese Aktion schnell nationale Aufmerksamkeit erlangte, griffen auch Medien in anderen Ländern das Thema auf. In Deutschland setzte eine breitere Medienberichterstattung mit den ersten größeren Schüler*innenstreiks im Januar 2019 ein. Dabei standen zunächst vor allem die demonstrative Verletzung der Schulpflicht und weniger die inhaltlichen Forderungen der FFF-Kampagne im Mittelpunkt. Die Frage des Sinns, der Legitimität sowie der möglichen und angemessenen Sanktionen der „Streikenden“ beschäftigte nicht nur die unmittelbar Betroffenen, also Schüler*innen, Lehrer*innen, Schulleitungen, Kultusbehörden und Eltern, sondern auch Kommentator*innen aus den Medien und der etablierten Politik.

Erwartungsgemäß waren die Meinungen geteilt – so teilweise auch innerhalb einzelner Presseorgane. Zum Beispiel präsentierte die Augsburger Allgemeine Zeitung am 24. Januar 2019 einen Pro- und einen Contra-Kommentar. In Letzterem wurde ohne Beleg behauptet, es ginge „zumindest einem Teil der Teilnehmer nur ums Schwänzen der Schule.“³⁰ Bei der Mehrzahl der Medien sind jedoch über längere Zeit hinweg redaktionelle Linien in der Haltung zu FFF erkennbar. In der Gesamttendenz neigten konservative Medien zur Verurteilung des „Schulstreiks“ und wollten teilweise die Regelverletzung konsequent geahndet wissen. Eine überwiegend kritische Haltung bezogen Presseorgane wie Bild, Die Welt, Focus

³⁰ Kommentar von Rudi Wais. Siehe: <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Kontra-Fridays-for-Future-ist-eine-grosse-Inszenierung-id53282256.html> [04.08.2019].

und auch das Magazin Cicero. Vielfach ist die Kommentierung von Sarkasmus geprägt, wenn es etwa heißt: „Und so ein Protestevent mit Greta Thunberg in Berlin und dem engagierten Nachwuchs gibt auch ein super Handyfilmchen ab. Ein bisschen Woodstock-Feeling für die Familienchronik. Zeigen, dass man dabei war.“³¹

Andere Printmedien, darunter FR, SZ und – mit Ausnahmen – auch DIE ZEIT, äußerten dagegen eher Verständnis für die Aktionen der Schüler*innen. In diesen Organen wurde meist für einen großzügigen Umgang mit den „Streikenden“ plädiert. In etlichen Fällen verwischte sich im Zuge der Begeisterung für FFF die Trennlinie zwischen Berichterstattung und Kommentar. Beispielhaft dafür ist ein Essay, den DIE ZEIT auf ihrer Schriftstellerplattform *Freitext* am 26. Juli 2019 unter dem Titel „Die Weltherrschaft der Mädchen“ präsentierte. Dort schwärmt die Autorin Stefanie de Velasco von einem „Sommer der Freiheit“ und erlebt „den Aufstieg der Protestbewegung um Greta Thunberg gleich als zweifachen Triumph: Erstens den meiner eigenen jugendlichen Ideale und zweitens als Sieg der Erzählungen junger Frauen und Mädchen, die – wenn schon nicht in der Literatur, zumindest in der Wirklichkeit – durch Figuren wie Greta Thunberg, Alexandria Ocasio-Cortez, Luisa Neubauer, Genesis Butler, Carola Rackete (allein der Name!) und Emma González einen neuen Stellenwert erlangen.“³²

Jene Medien, die von Anfang an die Berechtigung des Schulstreiks in Zweifel zogen, neigten auch dazu, die Protestkampagne als solche sowie deren Sprecher*innen und Forderungen kritisch zu beurteilen. Vorwürfe zielten u. a. auf die Showeffekte der Aktionen, mangelnde Sachkenntnis

und die hohen moralischen Ansprüche. So titulierte z. B. Welt-Herausgeber Stefan Aust die Kampagne als „Kinderkreuzzug“³³. In diesem Blatt, das fast durchgängig eine distanzierte oder sehr kritische Haltung zu FFF einnahm, war auch pauschal von einem Treiben der „Wohlstandskinder“³⁴ die Rede. Insbesondere rechts-gerichtete Blogs und Organe, darunter *Tichys Einblick*, ein „liberal-konservatives Meinungsmagazin“ (Selbstbezeichnung), widmeten sich in mehreren im Enthüllungsgestus verfassten Beiträgen einzelnen (vermeintlichen) Schwachpunkten der Bewegung, etwa die Unklarheit ihrer Entscheidungsstrukturen, die Delegation der Spendenabwicklung an die Stiftung Plant-for-the-Planet und die kampagnenintern geäußerte Kritik an den Medienauftritten mehr oder weniger selbst ernannter Sprecher*innen der Kampagne. Ähnliche Berichte aus dem rechten Spektrum zielten durch Falschmeldungen und haltlose Verschwörungstheorien auf eine Diffamierung der Kampagne.

Etwa ab März 2019 rückten sowohl die inhaltliche Frage der Dringlichkeit des Klimawandels und entsprechender Maßnahmen als auch das Phänomen einer überwiegend von Schüler*innen oder gar Kindern getragenen nationalen und internationalen Protestbewegung in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten. Während der Klimawandel als eine reale Bedrohung von den Medien wie der etablierten Politik fast durchwegs anerkannt wurde (eine markante Ausnahme unter den institutionellen politischen Akteuren bildet die AfD³⁵), blieben Einschätzungen der Protestkampagne im Allgemeinen, ihrer konkreten Erscheinungsformen und einzelner Protagonist*innen höchst kontrovers. Manche Politiker*innen beurteilten das Auftreten der Schüler*innen als

³¹ Aus einem Kommentar von Caroline Ströbele auf Zeit Online: <https://www.zeit.de/kultur/2019-03/fridays-for-future-schulstreik-klima-eltern-kinder> [04.08.2019].

³² <https://www.zeit.de/kultur/literatur/freitext/fridays-for-future-klimademonstrationen-greta-thunberg-juugend-maedchen-ideale> [04.08.2019].

³³ <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article190784003/Fridays-for-Future-Wie-ein-moderner-Kinderkreuzzug.html> [04.08.2019].

³⁴ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus188125577/Fridays-for-Future-Wie-ticken-die-Schulstreikenden.html> [04.08.2019].

³⁵ Nach wie vor leugnet die AfD-Führung, dass der Klimawandel von Menschen gemacht ist. Siehe <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/weidel-klimawandel-101.html> [04.08.2019]. Damit bewegt sich die AfD im Einklang mit den meisten rechten und rechtspopulistischen Parteien in Europa. Siehe: <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-rechtspopulisten-klimawandel-1.4341697> [04.08.2019].

anmaßend, sprachen ihnen die Sachkompetenz in Fragen des Klimaschutzes und die Einsicht in Bedingungen politischer Entscheidungsfindung rundweg ab. Vielzitiert unter den negativen Stellungnahmen ist insbesondere die Äußerung des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner, der mit Blick auf die Protestierenden meinte, man solle das Anliegen des Klimaschutzes besser den „Profis“ überlassen³⁶, dabei allerdings übersah, dass die Protestierenden sich auf eben diese Profis, also die Klimaschutzexperten, berufen. Diese erklärten in einer späteren Phase zu Tausenden ihre explizite Unterstützung für die Protestbewegung als Scientists for Future.³⁷ Eine vielzitierte Abwertung speziell der Person von Greta Thunberg erfolgte durch den CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak, der Thunberg in einem Tweet ein Handeln aus „purer Ideologie“ bescheinigte und seinen abschließenden Seufzer über die „arme Greta“ mit dem Bild eines Affen illustrierte, der sich beide Augen zuhält.³⁸ Der parlamentarische Geschäftsführer der CSU im Bundestag, Stefan Müller, attackierte ebenfalls auf Twitter die vermeintliche „Doppelmoral“ Luisa Neubauers, die „Regierung und Politiker für angeblich fehlendes Engagement beim #Klimaschutz attackiere[...], aber mit 23 mehr Kontinente bereist haben als die meisten Deutschen.“³⁹ Eine strikt ablehnende Haltung bezogen auch Ex-Politiker wie Klaus von Dohnanyi, welcher in paternalistischer Manier auftrat und der Protestbewegung pauschal ihre Glaubwürdigkeit absprach.⁴⁰

³⁶ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fridays-for-future-lindner-nennt-klimaschutz-profi-sache-16292575.html> [04.08.2019].

³⁷ <https://www.zeit.de/2019/12/scientists-for-future-schueler-klimawandel-proteste-petition> [04.08.2019].

³⁸ <https://www.sueddeutsche.de/politik/fridays-for-future-parteien-position-spd-cdu-afd-gruene-linke-csu-fdp-1.4417558> [04.08.2019].

³⁹ <https://twitter.com/smuellermdb/status/1152145337097715713?s=03> [04.08.2019].

⁴⁰ Dohnanyi am 13. März 2019 in der Talkshow von Markus Lanz: „Also wenn Sie mich ehrlich fragen, halte ich gar nichts davon. Und zwar erstens deswegen, weil diese jungen Leute ja gar keine Opfer bringen ...Zweitens bin ich auch der Meinung, dass diese jungen Menschen sich in dieser Beziehung viel zu leicht machen. Also, es ist ja richtig, dass wir den Klimawandel (sic!) brauchen. Aber dann müssen die selber bei sich anfan-

Verschiedentlich wurde auch die Vermutung geäußert, die Bewegung, die angeblich überwiegend von „Kindern“ getragen werde, sei wohl in Wahrheit von außen gelenkt. In diese Richtung zielte auch die frühe Äußerung der Bundeskanzlerin, die anlässlich des Auftritts von Greta Thunberg auf dem Weltwirtschaftsforum im Januar 2019 in Davos meinte, es sei schwer vorstellbar, dass eine von so jungen Leuten getragene Bewegung aus eigener Kraft handele. In nachfolgenden Kommentaren äußerte sich Angela Merkel allerdings grundsätzlich positiv zu Anliegen und Auftritten der Kampagne, damit dem mehrheitlichen Trend in den Medien wie der etablierten Politik folgend. In einer Diskussion an einem Berliner Gymnasium meinte die Kanzlerin, es sei richtig, „dass ihr uns Dampf macht“.⁴¹ Bei anderer Gelegenheit bescheinigte sie den jungen Klimaschutz*innen, deren Ernsthaftigkeit habe „uns schon nochmal dazu gebracht, auch sicher entschlossener an die Sache heranzugehen“.⁴²

Im Rampenlicht von FFF suchte sich eine Reihe von Politiker*innen zu sonnen, sei es der eher missglückte Versuch von Wirtschaftsminister Peter Altmeier, der vergeblich die Protestbühne nutzen wollte, um seine Dialogbereitschaft zu bekunden, seien es andere Politiker*innen insbesondere aus der Partei der Grünen, die dank FFF nun für ihre Forderungen nach der konsequenten Umsetzung klimapolitischer Pläne ganz unverhofft kräftigen Rückenwind durch FFF verspüren. Doch selbst in diesem Lager werden, wengleich

gen...“ (Lanz: Es ist nur ein Verdacht. Wir wissen es natürlich nicht). Dohnanyi: „Nein, ich weiß es genau. Das ist ja gar keine Frage. Die große Mehrheit, Tausende, oder Zehntausende usw., die werden doch nicht auf das Auto verzichten, wenn sie am Nachmittag von den Eltern zum Ballett gefahren werden.“ Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=6haG-Zpplqmk> [04.08.2019].

⁴¹ <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/angela-merkel-bekraeftigt-lob-fuer-fridays-for-future-a-1260875.html> [04.08.2019].

⁴² <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/auto-verkehr/fridays-for-future-merkel-lobt-greta-als-klima-aktivistin-16292864.html> [04.08.2019].

nur in Einzelfällen, Bedenken mit Blick auf die Form des „Schulstreiks“ geäußert. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Die Grünen), der schon mehrfach auf drohende Sanktionen für den „Schulstreik“ hingewiesen hatte, meinte Anfang April 2019: „Vor allem kann das nicht ewig so weitergehen.“⁴³

Wie im medialen Bereich lassen sich mit Blick auf FFF auch die meisten Bewertungen von Seiten der etablierten Politik entlang der Differenz von eher linken und eher konservativen Positionen sortieren. Allerdings scheint die überwiegend positive Resonanz, die FFF nicht nur in den Medien, sondern auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung, die zeitweise dem Umwelt- und Klimaschutz Priorität vor anderen politischen Aufgaben wie der sozialen Sicherheit, der Friedenssicherung und der Zuwanderung einräumte⁴⁴, auch auf das konservative Lager abzufärben. Zumindest rhetorisch sehen sich nun auch viele Vertreter*innen der Unionsparteien, zuletzt auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, als Anwalt*innen des Klimaschutzes. Einzelne unter ihnen behaupten sogar eine durchgehende Kontinuitätslinie: „Es war schon immer ein Herzensanliegen der Union, auch Klimaschutz voranzutreiben.“⁴⁵

Die Protestkampagne, so lässt sich zusammenfassend konstatieren, fand und findet in der Gesamttendenz nicht nur eine breite, sondern auch eine überwiegend positive Resonanz.⁴⁶ „Wir sind schon fast zu beliebt“, äußerte Luisa Neubauer, das „deutsche Gesicht ... der Bewegung“ (Bild) halb klagend, halb stolz, gegenüber der Presse.⁴⁷ Vielfach wird, angefangen von nationalen Leitmedien bis hin zur Lokalpresse, detailliert über

einzelne Veranstaltungen und Auftritte berichtet, werden – vorzugsweise junge Leute – mit ihren Wahrnehmungen und Forderungen zitiert, wird einzelnen Sprecher*innen Raum für Interviews unterschiedlicher Länge gewährt. Offensichtlich gelingt es den Organisator*innen immer wieder, jenseits der inzwischen weitgehend ritualisierten Freitagsdemonstrationen neue Anlässe für eine Berichterstattung, meist verbunden mit einer wohlwollenden Kommentierung, zu finden, seien es Besuche von Greta Thunberg in Deutschland, internationale Aktionstage, den Sonderfall eines mehrtägigen Schulstreiks in Köln, eine Protestaktion am Stuttgarter Flughafen, das Sommercamp in Dortmund oder auch die Formierung von Unterstützergruppen, zu denen neben „Parents for Future“ und „Artists for Future“ inzwischen auch „Entrepreneurs for Future“, einzelne Wirtschaftsunternehmen, Banken und Beratungsagenturen zählen.

Anders als viele Protestbewegungen in der Vergangenheit, die in der Regel darauf bedacht waren, scharfe Grenzen zu ziehen, Konflikte zuspitzen und konkrete Forderungen mit einer Fundamentalkritik an der Gesellschaft zu verbinden, tritt FFF eher freundlich, offen, integrativ und gemäßigt auf. Entgegen manchen Beobachter*innen, die hinter der Kampagne einen neuen Generationenkonflikt heraufziehen sahen, haben Vertreter*innen von FFF ausdrücklich im Juli 2019 an die Gesamtheit der Erwachsenen appelliert, die Kampagne zu unterstützen: „Bitte helft uns. Alleine schaffen wir es nicht, das Klima zu retten.“⁴⁸ Das integrative Bemühen von FFF wird beispielsweise auch daran deutlich, dass in Aufrufen zu

⁴³ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article191245663/Fridays-for-Future-Gruener-Kretschmann-hat-genug-von-den-Schulstreiks.html> [04.08.2019].

⁴⁴ So im Vorfeld der Europawahl 2019: <https://www.tagesschau.de/inland/europatrend-101.html> [04.08.2019].

⁴⁵ So der saarländische CDU-Ministerpräsident Tobias Hans. Siehe: die tageszeitung vom 26. Juli 2019, S. 9.

⁴⁶ Die breite Resonanz spiegelt sich auch in einer – auch im Vergleich zu anderen Protestbewegungen – sehr großen Zahl an Medienanfragen an die Mitglieder des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung wider. Für einen unvollständigen Überblick siehe:

<https://protestinstitut.eu/das-ipb-in-den-medien-fridays-for-future/> [04.08.2019].

⁴⁷ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus194975835/Luisa-Neubauer-Wir-sind-schon-fast-zu-beliebt.html> [04.08.2019].

⁴⁸ Greta Thunberg bei ihrem Auftritt am 19. Juli 2019 in Berlin: <https://www.morgenpost.de/berlin/article226529007/Fridays-for-Future-Greta-Thunberg-haelt-flammende-Rede-in-Berlin.html> [04.08.2019].

Protestaktionen symbolisch ganze Städte vereinnahmt werden, indem etwa eine lokale Aktion, im konkreten Fall an einem Sonntag statt einem Freitag, unter dem Motto „Munich for Future“ angekündigt wird.⁴⁹

Gemessen an der Reichweite seiner Forderungen und der Größenordnung der Protestmobilisierung, die nur einen relativ kleinen Teil der Schüler*innenschaft und eine verschwindende Minderheit der Studierenden umfasst, erfährt FFF eine große und bis heute anhaltende öffentliche Resonanz. Selbst eine freitägliche „Routineveranstaltung“ am 19. Juli 2019 in Berlin, mit einer vergleichsweise bescheidenen Zahl von Teilnehmer*innen, ist Medien wie der ARD und Spiegel Online eine Meldung wert, wenn sie von einem lediglich mehrere Minuten dauernden Auftritt Greta Thunbergs begleitet wird. Als Ersatz für fehlende inhaltliche Neuigkeiten dienen dann in etlichen Berichten Hinweise auf die Körperhaltung und Sprechweise Thunbergs, die begeisterten Reaktionen der Zuschauer*innen und die Vorausschau auf anstehende Reisepläne und Auftritte des jungen Medienstars. Offensichtlich bedient FFF in außerordentlicher Weise mediale Nachrichtenwerte. Die Bewegung profitiert von einer geradezu symbiotischen Beziehung zum medialen Mainstream und kann vorerst ihren Höhenflug fortsetzen. Allerdings lehrt die Erfahrung mit medialen Routinen aber auch, dass sich eine derart hohe Aufmerksamkeitsspanne nicht auf Dauer stellen lässt (siehe z. B. Teune und Sommer 2017). Dann wird sich erst zeigen, ob FFF sich aus eigener Kraft weiterhin vorwärtsbewegen kann und ob der bisherig noch weitgehend vorhandene interne Konsens Bestand haben kann.

⁴⁹ <https://munichforfuture.de/> [04.08.2019].

⁵⁰ Diesbezügliche Aussagen der Vertreter*innen von FFF sind widersprüchlich. Während manche die Notwendigkeit eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturwandels auch jenseits von Fragen des Klimaschutzes betonen, meint Maximilian Reimers, nach Medienangaben „einer der Cheforganisatoren“ von FFF, sie sei „wohl die konservativste Bewegung, die man sich vorstellen kann“. Siehe: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article195056495/Fridays-for-Future-Diese-Bewegung-ist-nicht-konservativ.html> [04.08.2019].

5. Fazit

FFF bietet in mancherlei Hinsicht Überraschungen. Wer hätte im Herbst 2018 den Aufstieg einer derart breiten, druckvollen und geschickt agierenden Kampagne vorhergesagt? Auch die Protest- und Bewegungsforschung, die sich mit Prognosen generell schwertut, hat diese Entwicklung nicht kommen sehen.

5.1 Ist FFF eine soziale Bewegung?

Die Antwort auf diese Frage steht und fällt mit der Definition von sozialer Bewegung. Legt man eine eher formale Definition zugrunde (della Porta und Diani 1999: 16), dann erfüllt FFF zweifellos die Kriterien – ein informelles Netzwerk, gemeinsam geteilte Überzeugungen, Konfliktorientierung und die Nutzung verschiedener Protestformen –, mit denen soziale Bewegungen von einzelnen Protesten auf der einen Seite und Organisationen auf der anderen abgegrenzt werden können. Nimmt man allerdings in einem weitergehenden Verständnis noch das Kriterium hinzu, dass soziale Bewegungen tief greifenden sozialen Wandel herbeiführen wollen (oder zu verhindern suchen), dann fällt das Urteil weniger eindeutig aus. FFF erfüllt zwar die Kriterien der weichen Definition, aber zielt die Bewegung auf grundlegenden sozialen Wandel, also auch auf gesellschaftliche Machtkonstellationen und Verteilungsfragen?

Die bisherigen Aussagen und Forderungen legen dies nicht unbedingt nahe.⁵⁰ Stellt man zudem die Fokussierung auf ein von den politischen Entscheidungsträger*innen selbst gesetztes Ziel in Rechnung, das es einzuhalten gelte, so ist FFF derzeit eher als eine politische Protestkampagne

Bezogen auf die intern konsentrierte Kernforderung von FFF, die Vorgaben des Pariser Klimagipfels einzuhalten, kann jedenfalls nicht von einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturwandel gesprochen werden. Ob sich FFF in seiner Mehrheit oder Gesamtheit auf einen systemischen Wandel einigen kann, bleibt abzuwarten.

mit begrenzter sachlicher und zeitlicher Reichweite denn als eine soziale Bewegung anzusprechen. Das werden Vertreter*innen der Kampagne, die nicht weniger als das Klima oder gar die Welt „retten“ wollen, vermutlich anders sehen, weil sie die vielfältigen Dimensionen der Klimaproblematik betonen und für tiefgreifende Änderungen unseres Alltagsverhaltens eintreten. Schlussendlich hängt die zukünftige Beantwortung der Frage von der weiteren Konsolidierung und (inhaltlichen) Weiterentwicklung von FFF ab.

5.2 Faktoren des (medialen) Erfolgs

Erfolge bzw. Wirkungen einer Bewegung oder Kampagne bemessen sich nicht nur an deren erklärten Politikzielen, sondern zeigen sich auch in weiteren Dimensionen, darunter der Veränderung politischer Strukturen und Regeln, dem Einfluss auf das Parteienspektrum und die Zusammensetzung der Regierung, dem Agenda-Setting in den Medien und der breiten Öffentlichkeit, dem Einstellungs- und Verhaltenswandel in der Bevölkerung (einschließlich Bereitschaft zum politischen Engagement und verändertem Konsumverhalten), schließlich den Rückwirkungen auf die Bewegung selbst (Infrastruktur, Erfahrungen, Lerneffekte, politische Sozialisation der Beteiligten usw.). Es ist zu früh, um all dies im Einzelnen für die deutsche oder gar die internationale FFF-Kampagne bilanzieren zu können. Es ist auch zu früh für eine Antwort auf die Frage, ob sich FFF zu einer sozialen Bewegung im Sinne weitergehenden Definition entwickeln könnte.

Gleich wie lange FFF das Momentum halten kann (was mit zunehmender Dauer immer schwieriger wird) und ob die Kampagne eine Kurswende in der Klimapolitik und darüber hinaus herbeiführen kann – wohl unbestritten ist die öffentliche Resonanz, die sie in den etablierten Massenmedien, den digitalen Communities, in Kreisen der etablierten Politik und im Spektrum von umweltpolitisch aufgeschlossenen Interessengruppen, Verbänden und informellen Gruppierungen erzielt hat. Für dieses Ergebnis ist ein Zusammenwirken mehrerer Faktoren verantwortlich:

Ein wichtiger, in der öffentlichen Wahrnehmung zuweilen übersehener Faktor besteht darin, dass der Boden für die klimapolitische Kam-

pagne von FFF durch vorausgegangene Entwicklungen schon bereitet war. Klimapolitik war nach Jahrzehnten wissenschaftsinterner Debatten und Mahnungen auch zu einem Spitzenthema der internationalen Politik geworden – nicht nur seit dem Pariser Klimagipfel im Jahr 2015. In Deutschland war das Thema offensiv von einer Reihe von Umweltverbänden aufgegriffen worden. Seit Jahren hatten zudem nicht verbandsförmig organisierte Klimagruppen gegen den weiteren Abbau der hochgradig umweltschädlichen Braunkohle in mehreren Revieren, vor allem aber im Raum Hambach, Stellung bezogen und neben konventionellen Protestkundgebungen auch Aktionen zivilen Ungehorsams durchgeführt. Zur weiteren Aktualisierung des Klimathemas hatten zudem der ungewöhnlich trockene Sommer im Jahr 2018 und die Einsetzung der sogenannten Kohlekommission durch die Bundesregierung beigetragen. Vor diesem Hintergrund ist die Resonanz für FFF zu sehen, die durch eine Reihe spezifischerer Faktoren verstärkt wurde.

Ein für die breite Öffentlichkeit wichtiger Bezugspunkt ist die Selbstpräsentation und mediale Präsentation von Greta Thunberg, für Deutschland auch die Person von Luisa Neubauer. Auf einige Merkmale Thunbergs ist bereits im Abschnitt 1 hingewiesen worden. „Thunberg on tour“, mal auf der Klimakonferenz in Polen, mal mit dem Papst, mal mit Spitzenpolitiker*innen, mal vor der versammelten Wirtschaftselite in Davos: Diese Auftritte liefern fortlaufend Bilder und Gesprächsstoff. Hinzu kommen die Reden bei einzelnen Demonstrationen, mal in Kopenhagen, mal in Hamburg, mal in Berlin. Ergänzt wird diese Komponente durch die diversen Preise, mit denen Thunberg bedacht wird und mit denen sich auch die sie ehrenden Institutionen ins rechte Licht setzen können.

Ein dritter Aspekt ist die demonstrative Jugendlichkeit von FFF, die durch eine geschickte Protestinszenierung befördert und von den meisten Medien dankbar aufgegriffen wird. Kinder und Schüler*innen wirken unschuldig. Mit Blick auf FFF wird auch das Bild von David gegen Goliath evoziert. Das jugendliche Image kann allerdings auch gegen die Bewegung gewendet werden, indem den Aktivist*innen Ahnungslosigkeit in der Sachmaterie, Ignoranz gegenüber der Kom-

plexität des auf Kompromisse angelegten politischen Entscheidungssystems und darüber hinaus eine überhöhte moralische Tonlage vorgehalten wird, wie es etwa die Charakterisierung von FFF als eines „Kinderkreuzzugs“ zum Ausdruck bringen soll (siehe fünftens).

Ein vierter, von Anfang an wirksamer Faktor für die große Resonanz von FFF ist die Kopplung der inhaltlichen Forderungen zum Klimaschutz an die Idee und Praxis des „Schulstreiks“, wie er von Greta Thunberg vorexerziert worden war. Diese Verknüpfung rief in Deutschland eine Fülle von ablehnenden wie auch von zustimmenden Kommentaren hervor, sorgte für Diskussionsstoff in Schulklassen und Gruppen außerhalb der Schulen und Universitäten. Die von meist konservativer Seite vorgebrachte Empfehlung, die Schüler*innen sollten doch am Freitagnachmittag oder am Wochenende „streiken“, konterten die Aktivist*innen stoisch mit dem Hinweis, dass ein Streik in der Freizeit eben kein Streik sei, weil er nirgends anecke. Ob allerdings die Kategorie des Streiks, der im Idealfall die Produktionsmittel des Arbeitgebers lahmlegt und damit Zugeständnisse erzwingen soll, für einen „Schulstreik“ oder „Uni-Streik“ taugt, sei hier dahingestellt. Festzuhalten ist jedenfalls, dass Studierende, die ja durchaus auf eine längere Geschichte von meist wenig erfolgreichen „Unistreiks“ zurückblicken können, bislang an keiner Hochschule in Deutschland eine nennenswerte disruptive Aktion im Kontext von FFF durchgeführt haben. Dagegen sorgte der auf Freitage bezogene „Schulstreik“, der sich im Falle einer Kölner Schule sogar auf eine ganze Woche erstreckte⁵¹, jenseits der Frage des Klimaschutzes für hitzige innerschulische und öffentliche Debatten, die bis heute anhalten.

Fünftens bewirkte nicht zuletzt die öffentliche Kritik an FFF, exemplarisch sei nochmals auf die Aussage von Christian Lindner erinnert, der meinte, das Klimathema solle den „Profis“ überlassen werden⁵², dass sich externe und autonom organisierte Gruppen zur Unterstützung von FFF

formierten, darunter Scientists for Future und Parents for Future. Weitere Unterstützung kam von Seiten der etablierten Umweltverbände, die dankbar den Impuls von FFF aufgriffen und verstärkten.

Sechstens vermied es FFF, sich organisatorisch eng an eine externe Gruppierung oder einen festgefühten Verband anzulehnen. Damit blieb die „Marke“ FFF immer im Zentrum öffentlicher Darstellungen. In strategischer Hinsicht behielt FFF seine freundlich-friedfertige Ausrichtung. Vermieden wurde allerdings keine harte Grenzziehung gegenüber offensiveren Aktionen zivilen Ungehorsams, wie sie beispielsweise der deutschen Ableger der britischen Gruppe Extinction Rebellion praktiziert. Der viele Bewegungen kennzeichnende ideologische und strategische Richtungsstreit hat im Falle von FFF – abgesehen von den Diskussionen während des Sommerkongresses in Dortmund – bisher keine zentrale Bedeutung erlangt, was nicht nur auf die relativ geringe Ausprägung tiefer interner Differenzen, sondern auch auf eine geschickte Selbstdarstellung zurückgehen dürfte.

Ein siebter Faktor für die breite öffentliche Zustimmung ist die Bescheidenheit der Kernforderung von FFF – die Einhaltung der gesetzlich verankerten Klimaziele des Pariser Abkommens. Auf diesen Minimalkonsens können sich nicht nur die Aktivist*innen der Kampagne, sondern auch ein inzwischen deutlich gestiegener Anteil der Gesamtbevölkerung einigen. Die Ausgangssituation unterscheidet sich damit deutlich von anderen Bewegungen, die oft viel Aufwand treiben mussten, um die Bevölkerung erst einmal von der Legitimität ihrer Forderungen zu überzeugen. Noch spielen Fragen der konkreten Umsetzung der Klimaziele, nicht gerade eine zwingende Aufgabe für eine Protestbewegung, bei FFF keine große Rolle. Gegen konkrete Maßnahmen wird sich sicherlich Widerstand regen, wie es sich bereits bei den Entwürfen zur Umsetzung des Klimaschutzplans

⁵¹ <https://www.welt.de/regionales/nrw/article196538577/Fridays-for-Future-demonstriert-erst-mals-die-ganze-Schulwoche.html> [04.08.2019].

⁵² <https://www.focus.de/wissen/klima/klimaerwaermung/plaene-der-umweltministerin-seien-weltfremd->

[lindner-kanzelt-streikende-schueler-ab-klimawandel-ist-eine-sache-fuer-profis_id_10430856.html](https://www.welt.de/regionales/nrw/article196538577/Fridays-for-Future-demonstriert-erst-mals-die-ganze-Schulwoche.html) [04.08.2019].

2050 zeigte, bei denen das SPD-geführte Wirtschaftsministerium das SPD-geführte Umweltministerium ausbremste.

Schließlich ist achtens auf die insgesamt geschickten Deutungsstrategien von FFF hinzuweisen, die an anderer Stelle detaillierter beleuchtet wurden (Rucht und Sommer 2019). FFF bietet ein kompaktes und wirksames Framing (Snow et al. 1986), gegen das die bisherigen Versuche des *Gegenframing* nicht angekommen sind. Das *prognostic framing* warnt vor den dramatischen Folgen eines irreversiblen Klimawandels. Das *diagnostic framing* zielt auf das Versagen politischer Eliten. Das *motivational framing* betont die eigene Verantwortung der jungen Generation, Druck auf die Politik auszuüben, aber auch die Notwendigkeit, Lebensstil und Konsumverhalten umweltpolitischen Geboten anzupassen.

Im Unterschied zu anderen Bewegungen, etwa Occupy, Pulse of Europe und Gilets Jaunes, deren Niedergang halbwegs vorhersehbar war, nehmen wir mit Blick auf FFF eine abwartende Haltung ein. Noch spricht nichts für einen Niedergang. Der mittelfristige Verlauf der Kampagne hängt nicht nur von ihrer Fähigkeit ab, das hohe Mobilisierungsniveau unter jungen Menschen aufrechtzuerhalten, sondern auch von der Bildung strategischer Allianzen und der Diffusion des Protests in bislang passive Teile der Gesellschaft. Der Erfolg oder Misserfolg der über die Schulen und Universitäten hinausgehenden Mobilisierung für einen weltweiten Klimastreik am 20. September 2019 wird in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung sein. Die lose Verbindung zu Aktionsgruppen wie „Ende Gelände“ könnte für die Bewegung einen zusätzlichen, aber gleichzeitig nicht unproblematischen Stimulus bedeuten, finden doch Aktionen zivilen Ungehorsams selten eine breite gesellschaftliche Unterstützung.

Eine absehbare Herausforderung für FFF ergibt sich daraus, dass die Kampagne, über das Klimathema hinausgehend, einen Klärungsbedarf hat, was mit Forderungen gemeint ist wie „Wir

müssen Demokratie neu denken“ und „Wir müssen weg vom quantitativen Wachstum und Konsum, hin zu einem qualitativen Wachstum mit Glück, Freiheit und Liebe“.⁵³ Mit der Konkretisierung solcher Formeln wird auch Streit um und möglicherweise innerhalb von FFF an Bedeutung gewinnen.

Unabhängig von der Frage nach der unmittelbaren Zukunft der Kampagne und der Durchsetzbarkeit ihrer Ziele ist die gesellschaftliche Wirkung von FFF nicht zu unterschätzen; nie zuvor wurde die international vernetzte Klimabewegung in so hohem Maße von Schüler*innen und Jugendlichen getragen. Und selten waren insbesondere junge Frauen derart prägend für den Protest. FFF politisiert und mobilisiert auch viele junge Menschen, die bisher wenig mit Politik zu tun hatten. Ob wir es hier mit einer neuen Protestgeneration zu tun haben, sei dahingestellt (dazu Rucht, im Erscheinen). Festzuhalten aber bleibt, dass ein derartiges Engagement in jungen Lebensjahren einen starken Einfluss auf das generelle Interesse an gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen und auf das spätere Engagement im Lebensverlauf hat (Oesterle et al. 2004). FFF wird also Spuren hinterlassen – in der Klimabewegung und darüber hinaus.

⁵³ <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/klima-talk-fridays-for-future-aktivistin-und-axel-springer-chef-63067980.bild.html> [04.08.2019].

Literaturverzeichnis

- Andretta, Massimiliano und Donatella della Porta. 2014. „Surveying Protestors.“ In *Methodological Practices in Social Movement Research*, hg. v. Donatella della Porta, 308–34: Oxford University Press.
- Baumgarten, Britta und Dieter Rucht. 2013. „Die Protestierenden gegen ‚Stuttgart 21‘: einzigartig oder typisch?“ In *Stuttgart 21: Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*. Bd. 52, hg. v. Frank Brettschneider und Wolfgang Schuster, 97–125. Wiesbaden: Springer VS.
- Daphi, Priska, Dieter Rucht, Wolfgang Stuppert, Simon Teune und Peter Ullrich. 2014. „Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der ‚Montagsmahnwachen für den Frieden‘.“ ipb working papers 1/2014. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/occupy-frieden_ipb-working-paper_web.pdf [04.08.2019].
- Daphi, Priska, Piotr Kocyba, Michael Neuber, Jochen Roose, Dieter Rucht, Franziska Scholl, Moritz Sommer, Wolfgang Stuppert und Sabrina Zajak. 2015b. „Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida.“ ipb working papers 1/2015. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf [04.08.2019].
- Daphi, Priska, Sebastian Haunss, Moritz Sommer, Wolfgang Stuppert, Simon Teune und Sabrina Zajak. 2015a. „Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne. Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration ‚TTIP & CETA stoppen. Für einen gerechten Welthandel!‘ am 10. Oktober in Berlin.“ ipb working papers 4/2015. https://www.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/11/ipb_bericht-stop-ttip-befragung.pdf [04.08.2019].
- Decker, Oliver, Johannes Kiess und Elmer Brähler. 2014. *Die stabilisierte Mitte Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Leipzig.
- Decker, Oliver und Brähler, Elmar (Hg.). 2018. *Flucht ins Autoritäre*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- della Porta, Donatella und Diani, Mario. 1999. *Social Movements. An Introduction*, Oxford: Blackwell.
- Ernmann, Malena und Beata, Thunberg, Greta und Svante. 2019. *Szenen aus dem Herzen*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Haunss, Sebastian, Priska Daphi, Leslie Gauditz, Philipp Knopp, Matthias Micus, Philipp Scharf, Stephanie Schmidt et al. 2017. „#NoG20. Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes.“ ipb working papers 3/2017. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/11/NoG20_ipb-working-paper.pdf [04.08.2019].
- Oesterle, Sabrina, Monica Kirkpatrick Johnson und Jeylan T. Mortimer. 2004. „Volunteerism during the Transition to Adulthood: A Life Course Perspective.“ *Social Forces* 82 (3): 1123–49.
- Rucht, Dieter und Moritz Sommer. 2019. „Fridays for Future. Vom Phänomen Greta Thunberg, medialer Verkürzung und geschickter Mobilisierung: Zwischenbilanz eines Höhenflugs.“ *Internationale Politik* 4, (Juli/August): 121–25. <https://protestinstitut.eu/fridays-for-future-zwischenbilanz-eines-hoehenflugs/> [04.08.2019].
- Rucht, Dieter. (im Erscheinen). „Jugend auf der Straße. Fridays for Future und die Generationenfrage.“ In: *WZB Mitteilungen*, September 2019.
- Rucht, Dieter. 2016. „Der Beteiligungsprozess am Klimaschutzplan 2050. Analyse und Bewertung. Gutachten im Auftrag von Greenpeace Deutschland.“ https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20160922_klima-gutachten_web.pdf [04.08.2019].
- Snow, David A., E. Burke Rochford, Steven K. Worden und Robert D. Benford. 1986. „Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation.“ *American Sociological Review* 51 (4): 464–81.
- Teune, Simon und Peter Ullrich. 2015. Demonstrationsbefragungen. Grenzen und Potenziale einer Forschungsmethode. <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/09/demonstrationsbefragungen-teuneullrich-2015-09-161.pdf> [04.08.2019].
- Teune, Simon und Moritz Sommer. 2017. „Zwischen Emphase und Aversion: Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung.“ ipb working papers, Nr. 2 (Juli). https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/11/ipb-working-paper-Grossdemonstrationen-in-den-Medien_web.pdf [04.08.2019].
- van Aelst, Peter und Stefaan Walgrave. 2001. „Who is that (wo)man in the street? From the normalisation of protest to the normalisation of the protester.“ *European Journal of Political Research* 39 (4): 461–86.
- Wahlström, Mattias, Moritz Sommer, Piotr Kocyba, Michiel de Vydt, Joost de Moor und Stephen Davies. „Fridays For Future: a new generation of climate activism.“

Introduction to country reports.“ In *Protest for a future. Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities.*, hg. v. Mattias Wahlström, Piotr Kocyba, Michiel de Vydt und Joost de Moor, 5–17. <https://osf.io/yr5h4> [04.08.2019].

Wahlström, Mattias, Piotr Kocyba, Michiel de Vydt und Joost de Moor, Hg. 2019a. „Protest for a future. Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities.“ <https://osf.io/yr5h4/> [04.08.2019].

Zuletzt sind die folgenden ipb working paper erschienen:



Die Gelbwestenbewegung. Stand und Perspektiven

Autor: Dieter Rucht

Veröffentlicht: Januar 2019

Online unter: <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/02/dieter-rucht-gelbwesten.pdf>



#Sitzenbleiben, #aufstehen oder aufstehen? Über den Versuch einer linken Sammlungsbewegung

Autor: Dieter Rucht

Veröffentlicht: November 2018

Online unter: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/11/ipb_working-paper_2.2018_Rucht-Dieter.pdf



Researching Police in/under Protest. Police Research as a Journey of Discovery with Obstacles

Autor: Peter Ullrich

Veröffentlicht: März 2018

Projektkontext: Videoüberwachung von Versammlungen und Demonstrationen (ViDemo)

Online unter: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/03/Researching-Police_ipb-working-paper_1-18.pdf

Weitere Texte der Reihe sind abrufbar unter: <https://protestinstitut.eu/ipb-working-papers/>

Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

<https://protestinstitut.eu/>